Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 36. Mittag-Ausgabe. Fünfundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Freitag, den 22. Januar 1864.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Hamburg, 21. Jan. Die „Hamburger Nachr." melden aus Altona, daß der Senator Vogler und die Deputirten Donner und Pocher gestern Abend nach Kiel gereist sind, um dem Herzoge Friedrich die Einladung der Stadt zu überbringen. Heute Abend halten die Mitglieder der großen Landesdeputation nach Frankfurt in Altona eine Versammlung ab.

Altona, 21. Jan. Es heißt, die in Hamburg liegenden Oesterreicher würden am Freitag bis nach Neumünster vorgeschoben und in Hamburg durch andere österreichische Truppen ersetzt werden. Zwei Mitglieder der altonaer Massendeputation sind zugleich von dem städtischen Deputirten-Kollegium bevollmächtigt worden. — In diesem Augenblicke rücken hier wieder Preußen von Harburg ein.

Hamburg, 21. Jan. Kopenhagener Privatbriefe von diesem Tage wollen wissen, daß der österreichische und der preußische Gesandte ein Dampfboot zur Ueberfahrt nach einem deutschen Hafen gemiethet haben. (S. unter Berlin.)

Petersburg, 21. Jan. Die amtlichen Blätter veröffentlichen einen Ukas bezüglich provinzialer und Kreisvertretungen für Rußland. Ausgenommen sind davon die westlichen und baltischen Provinzen, dann die Gouvernements Archangel, Astrachan und Bessarabien.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

29. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (21. Januar.)

Die Tribünen sind lange vor Beginn der Sitzung dicht gefüllt, auch die Diplomatenloge ist stark besetzt. Am Ministertische befinden sich anfänglich nur Regierungscommissare; später treten die Minister: v. Bismarck, v. Roon, v. Bodelschwingh, Graf v. Itzenplitz und v. Selchow ein.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung kurz nach 10¼ Uhr. Unter den geschäftlichen Mittheilungen befindet sich ein Urlaubsgesuch für fünf Tage von dem Abg. Dr. Szuman. Aus einer Anzahl von rheinischen Städten sind wiederum mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Adressen in Betreff Schleswig-Holsteins eingegangen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Commissionsbericht über den Gesetzentwurf, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und Marineverwaltung. Den zweiten Gegenstand bildet der mündliche Bericht derselben Commission über die von den Abgeordneten Schulze (Berlin) und v. Carlowitz beantragte Resolution, die schleswig-holsteinische Frage betreffend. Der Präsident schlägt hinsichtlich der geschäftlichen Behandlung vor, über beide Gegenstände zugleich die General-Discussion zu eröffnen, da die Gründe für die Resolution zugleich Gründe gegen den Gesetzentwurf seien; sodann in die Specialberathung über die einzelnen Paragraphen einzutreten und endlich über die Resolution abzustimmen.

Abg. Dr. Frese (Minden) wünscht wenigstens eine Specialdiscussion über die Resolution, da wohl Mancher für den Commissionsantrag hinsichtlich der Regierungsvorlage stimmen und sich gleichwohl gegen die Resolution werde erklären müssen; in letzterem Falle befinde er sich selbst, da die Resolution nur die Bedeutung einer blos theoretischen Rechtsverwahrung habe, für welche die Zeit vorüber sei.

Der Präsident bemerkt, eine besondere Specialdiscussion sei wohl nicht nöthig, da Jeder sich generaliter auch über die Resolution aussprechen und nachher in der Abstimmung seiner besonderen Ueberzeugung Ausdruck geben könne.

Abg. Dr. Waldeck: Correcter wäre die Theilung der Generaldebatte, eine besondere Specialdiscussion über die Resolution sei nicht thunlich.

Abg. Graf Schwerin wünscht beide Discussionen verbunden zu sehen, damit Wiederholungen vermieden werden und ist unter Anerkennung der von den Vorrednern ausgesprochenen Motive der Ansicht, daß nichts hindere, die Gründe für oder gegen die Resolution auch bei der Generaldiscussion zur Sprache zu bringen.

Abg. Aßmann findet den von dem Abg. Dr. Frese vorgeschlagenen Ausweg für zweckmäßig. — Bei der Abstimmung über die Frage, ob auf die gemeinschaftliche Generaldiscussion eine Specialdiscussion über die Resolution stattfinden solle, verneint das Haus dieselbe, worauf die Generaldiscussion eröffnet wird.

Ein vom Abg. Groote eingebrachtes und genügend unterstütztes Amendement verlangt die Herstellung der ursprünglichen Fassung des Alinea 3 der Resolution.

Referent Abg. Aßmann: Er habe zunächst mündlich Bericht zu erstatten über die in das Haus eingebrachte Resolution. Diese sei von der Commission am Sonnabend ohne Theilnahme der hierzu eingeladenen Staatsregierung in Berathung gezogen und dann in der Form, wie sie heut auf der Tagesordnung stehe, einstimmig in der Commission angenommen worden. Es müßten schwerwiegende Gründe sein, welche das Haus in einem Augenblicke und in einer Angelegenheit, in welcher das ganze Volk zur Action dränge, bestimmen, der Regierung die erforderlichen Mittel zu verweigern, welche in einem Volke, das vor einem Kriege selbst gegen die Uebermacht nie zurückschreckt, die Scheu vor einem Kampfe unter Führung der jetzigen Regierung wach halten. Um so schwerer müssen die Gründe sein, da man Weigerung in der Bewilligung der Geldmittel als eine bedrohliche Gefahr für unsere Verfassung bezeichnet hat, indem man von der Meinung ausging, daß bei einem Conflict der Ansichten zwischen Regierung und Landesvertretung unbedingt die letztere weichen müsse. Das Haus habe sich deshalb, seitdem die Anleihevorlage vor sein Forum gelangt sei, alle Mühe gegeben, Information über die seitens der Regierung in Aussicht genommene Politik zu verschaffen, um Erklärungen herbeizuführen, welche ein zustimmendes Votum zu der geforderten Anleihe dem Hause ermöglichten. Diese Mühe sei leider erfolglos geblieben oder habe doch nur zur Folge gehabt, dem Hause eine erschreckende Sicherheit über die Ziele der Regierungspolitik zu verschaffen und ihm die Nothwendigkeit eines ablehnenden Votums aufzuerlegen.

Seitdem der vorliegende Bericht der Commission festgestellt worden, sei die von Preußen und Oesterreich am 14. d. Mts. bei dem Bunde über die Besetzung von Schleswig abgegebene Erklärung in authentischem Wortlaute bekannt geworden. Durch diesen Beschluß greife die preußische Regierung unzweifelhaft in die Competenz des deutschen Bundes ein und handle einen ausgesprochenen rechtsgiltigen Bundesbeschluß entgegen, nämlich dem auf Anregung Preußens und Oesterreichs selbst gefaßten Bundesbeschluß vom 28. Dezember v. J., nach welchem der Schutz des verfassungsmäßigen Rechts von Schleswig als ein dem deutschen Bunde zustehendes und von diesem eventuell durch Besetzung Schleswigs geltend zu machendes Recht anerkannt. Oesterreich und Preußen hätten durch die Art, wie sie die Verhandlungen mit Dänemark im Jahre 1851 geführt, selbst zugegeben, daß die eigentlichen Contrahenten der damals auch rücksichtlich Schleswigs getroffenen Vereinbarungen der deutsche Bund einerseits und Dänemark andererseits seien. Bei der Erklärung Preußens und Oesterreichs vom 14. d. Mts. fehle es aber diesen Regierungen an jeder Legitimation, etwa für oder im Namen des deutschen Bundes zu handeln, dessen ausgesprochener Wille vielmehr jenen Mächten entgegenstehe. Preußen maße sich also eine ihm nicht zustehende Befugniß an. Welche Absicht es dabei verfolge, sei klar.

Preußen wolle die thatsächlichen Erfolge der Bundesexecution, wie sie in Holstein eingetreten, für Schleswig ausgeschlossen wissen, und die preußische Regierung trete hierdurch in offenen Conflict mit dem preußischen Volke, mit der Mehrzahl der deutschen Regierungen und fast mit der gesammten deutschen Nation (Zustimmung). Verfolgte Preußen nicht das eben bezeichnete Ziel, so hätte es den hessen-darmstädtischen Antrag befürworten müssen. Nach allen vorliegenden Anzeichen wollte die Mehrzahl der deutschen Staaten den Weg deutschen Rechts und deutschen Interesses gehen. Allerdings wäre in der Abstimmung vom 7. Dezember eine Schwäche einzelner deutscher Bundesstaaten hervorgetreten, aber der Druck der identischen Noten mache diese Schwäche erklärlich, die sich überdies sicherlich nicht gezeigt hätte, wenn die deutschen Regierungen schon damals in völliger Klarheit über die preußisch-österreichische Absicht, jedenfalls an dem londoner Protokoll festzuhalten, sich befunden hätten. Die preußische Politik werde geleitet durch persönliche Sympathien und Antipathien, sowie durch das Interesse der Partei des Hrn. v. Bismarck, dem Vertragstreue nur als ein gelegentlich anzubringendes Argument gilt (Beifall). Für dieses Haus stehe es fest, daß Hr. v. Bismarck dem deutsch-patriotischen Bestreben der Mittelstaaten entgegen sei, und seine Politik könne diesem Hause keinen Anhalt gewähren, Hrn. v. Bismarck irgend zuzustimmen (Bravo).

Der Herr Ministerpräsident möge vielleicht in gewohnter Weise die Achseln zucken über die 352 Laien, welche die Richtung seiner Politik zu tadeln sich unterfangen, aber so lange es ihm nicht gelungen sein werde, ein neues Wahlgesetz durchzusetzen, welches allein im Stande sein werde, Diplomaten aus seiner Schule auf die Bänke des Abg.-Hauses zu bringen (Heiterkeit), werde das preußische Volk nur Vertreter hierhersenden, die ihren Entschließungen die Ehre und das Recht zu Grunde legen, wie sie dieselben verstehen (Bravo). Die Commission habe früher eine einfache Ablehnung der Reg.-Vorlage für genügend und eine besondere Motivirung für überflüssig gehalten, jetzt aber, nach den neuesten Nachrichten, genüge die einfache Ablehnung nicht mehr, da man derselben auch andere Gründe, wie z. B. finanzielle, zu Grunde legen könnte; es mußte dieser Ablehnung ein entschiedener Ausdruck gegeben werden und deshalb empfehle sie die Resolution der Abg. Schulze (Berlin) und v. Carlowitz in der modifizirten Fassung zur Annahme, da sie mit dem Sinn und Geist vollkommen einverstanden sei. Die neuesten Ereignisse rechtfertigten die in dem 3. und 4. Erwägungsgrunde der von der Commission modifizirten Resolution enthaltenen Thatsachen in einer Weise, daß sie keiner weiteren Begründung bedürften. „Wenn nun die Politik des Hrn. v. Bismarck Preußen aus seiner Stellung als deutsche Großmacht herausdrängt und es als Diener Oesterreichs zum Feinde Deutschlands werden läßt, wenn unserem braven preußischen Heere das schmähliche Loos zufallen solle, gegen unsere deutschen Brüder zu kämpfen und Holstein wieder den Dänen auszuliefern und das alles nur, weil Hr. v. Bismarck die preußische Politik leitet, dann soll wenigstens Deutschland wissen, daß wir zu ihm und nicht zu Hrn. v. Bismarck stehen und alle uns zuständigen Mittel anwenden werden, um diese Politik zu bekämpfen." (Allgemeines Bravo!)

Daß das österreichische Kabinet die Aufrechterhaltung des londoner Traktats erstrebe, sei begreiflich; denn dies Werk sei ja ein Kunststück seiner Diplomatie gewesen, aber unbegreiflich sei es, daß Preußen, über welches in jenem Traktat ein Triumph gefeiert worden sei, das gerade damals dem Fürsten Schwarzenberg zu dem bekannten Bonmot Veranlassung gegeben: „Il faut avilir la Prusse, pour la demolie!" für die Aufrechterhaltung in die Schranken trete und zu Oesterreichs Diener sich herablasse: das sei neupreußische Politik. „In den Händen dieses Ministeriums ist Preußen entweder zur Ohnmacht oder zum Selbstmord verdammt, unter diesen Umständen haben wir keine Wahl: wir ziehen die Ohnmacht dem Selbstmorde vor und die erste praktische Folge, die wir dieser Wahl geben, ist die Verwerfung der Anleihe. (Bravo.)

Nach Feststellung der Rednerliste erhält das Wort: Ministerpräsident v. Bismarck: Da Ihre Ueberzeugung hinsichtlich des Anleihegesetzes und der Resolution so vollständig feststeht, um sich durch meine Bemerkungen nicht erschüttern zu lassen, und da ich nicht gedenke, mehr oder weniger spitze Reden über die Begriffe von Recht und Ehre zu führen, so wie über das von der Kammer in allen Tonarten variirte Thema „fort mit diesem Ministerium", um dadurch die Sache zu verbessern, so beschränke ich mich auf eine Vervollständigung des Materials Ihrer Commission. Ihre Commission hat die Aeußerungen, welche ich gethan habe, veröffentlicht und dadurch meine Bedenken, die geheimsten Gedanken kund zugeben, vollständig gerechtfertigt. Ich hätte gewünscht, daß die Mittheilungen etwas mehr im Zusammenhange gehalten wären, sie würden dadurch verständlicher sein. Ich erlaube mir indessen nur zwei Monita gegen das Protokoll Ihrer Commission zu ziehen. Es steht zunächst darin, ich soll gesagt haben: in dem Augenblicke des Rücktritts vom londoner Protokoll könne Dänemark ohne Weiteres Schleswig incorporiren. Ich glaube gesagt zu haben: „es wird dies voraussichtlich der erste Schritt sein, den Dänemark thut." Denn was dies Wort anbetrifft, daß der Bund seine Prüfung des Successionsrechts so langsam vornehmen werde, so glaube ich, die Herren werden sich erinnern, daß mir das Wort suppeditirt wurde, wobei ich sagte, ich hätte gegen dasselbe nichts zu erinnern; ich habe gewünscht, daß diese Prüfung bedächtig geschehe. Dann ist meine letzte Aeußerung nicht vollständig wiedergegeben. Ich soll gesagt haben: „daß das Mißtrauen in einer solchen Frage zwischen mir und dem Hause der Abgeordneten kein gegenseitiges sein solle."

Es ist ein Wunsch, mit den von dem Hause legal bewilligten Mitteln in die Sache einzutreten. Würden diese aber verweigert, so werde ich sie nehmen, wo ich sie finde. Ich habe den Gedanken nicht so schroff ausgedrückt; ich habe gesagt: „wir haben zu Ihnen nach wie vor das Vertrauen, daß Sie uns diejenigen Mittel, welche wir so nothwendig bedürfen, auf verfassungsmäßigem Wege zugänglich machen werden, sonst müssen wir sie nehmen, wo wir sie bekommen." Der Herr Referent hat vorher von den traurigen Consequenzen gesprochen, zu welchen die weitere Entwickelung der Sachlage geführt hat. Damit Sie sehen, wie gern ich bereit bin, Ihnen alle möglichen Aufschlüsse zu geben, welche die Sachlage zuläßt, so erlaube ich mir Ihnen, nicht in der Form eines Aktenstückes, sondern in der Form einer mündlichen Mittheilung, einen Theil, einer vor einigen Tagen an die deutschen Regierungen gerichteten Depesche vorzulesen. Die Depesche entwickelt, daß die preuß. Regierung keineswegs dem Bunde und seiner Anschauungen entgegentrete, sondern nur Ihre Stellung zu der Frage und den Contrahenten des londoner Protokolls zu berücksichtigen habe. Die Depesche macht ferner darauf aufmerksam, daß zwischen der Rückkehr der Herzogthümer unter dänische Oberhoheit und zwischen einer Vereinigung derselben zu einer neuen Dynastie noch andere Möglichkeiten liegen, unter welchen vor allem eine Personal-Union zwischen ihnen und Dänemark hervorzuheben sei, etwa in der Art, wie zwischen Schweden und Norwegen.

Dabei werde Schleswig-Holstein durch seinen Rückhalt am deutschen Bunde einen Schutz finden, der ihm nur von Vortheil sein könne, während man wahrscheinlich die dynastische Lösung nur mit Aufopferung der Zusammengehörigkeit der Herzogthümer und der Rechte der deutschen Bewohner Schleswigs lösen könne. In Betreff der in der Commission angeregten Frage, welcher Rechtstitel zur Einmischung in Schleswig dem Bunde zu Gebote stehe, habe ich dasjenige Aktenstück mitgebracht, auf welches in der Commission Bezug genommen worden ist und worin gesagt sein soll, daß die beiden Herzogthümer alle öffentlichen Rechtsverhältnisse mit einander gemein haben sollen. Es ist das eine vom Frhrn. v. Rechlin an die deutsche Bundesversammlung gerichtete Note, durch welche der Schriftwechsel abgeschlossen wurde.

Es ist aus dem Inhalt derselben schon mit einiger Schwierigkeit ein Einmischungsrecht des deutschen Bundes zu folgern; noch schwerer wird es sein, dieses Recht bei den europäischen Mächten zur Geltung zu bringen. Wenn aber das Erbrecht in Schleswig darauf gegründet werden soll: beide Herzogthümer dürfen nicht von einander getrennt werden, und darum muß der Erbe von Holstein auch Schleswig mitbekommen, so läßt sich dieses Argument auch umkehren und für die Erben von Schleswig geltend machen.

Abg. v. Gottberg greift die Haltung des Hauses an, welches jüngst für eine brennende Frage erklärt habe, was es jetzt absichtlich hinzöge. Während ganz Deutschland ein thatkräftiges Eintreten Preußens für Schleswig-Holstein erwarte, benutze die Majorität die Zeit zu einem Mißtrauensvotum gegen das Ministerium, dessen Sessel sie gern aus ihrer Mitte besetzen möchte. Ein preußisches Abgeordnetenhaus mache es einem preußischen Ministerium zum Vorwurfe, daß dasselbe preußische Politik treibe! Das preußische Volk aber denke anders, es wisse, daß es durch seine Könige groß geworden sei, und es könnte leicht kommen, daß die Gründe der Majorität gegen die Staatsregierung vom preußischen Volke zu leicht befunden würden, sobald dasselbe ernsthaft prüfe. Es werde zwar nie die Wichtigkeit seiner Verbindung mit Deutschland verkennen, sich darum aber nimmermehr durch die kleinen deutschen Staaten beherrschen lassen wollen. Solchem Bewußtsein im Volke gegenüber sollte man meinen, sich hier in einer deutschen Nationalversammlung zu befinden, nicht aber in einem preußischen Abgeordnetenhause, da der Accent immer auf deutsche Ehre, deutsche Interessen gelegt und kategorisch von der Krone verlangt werde, daß sie dieser Politik folge. Es komme aber vor Allem darauf an, was preußische Ehre und preußisches Interesse fordern, und in dieser Rücksicht habe die Staatsregierung nach allen Richtungen hin correct gehandelt.

Redner erörtert demnächst eingehend Preußens Pflichten gegen den Bund gegen sich selbst und gegen Europa, und äußert unter Anderem, Preußen habe keine Verpflichtung, den Augustenburger anzuerkennen, da dafür noch kein Bundesbeschluß, sondern nur ein Beschluß eines sog. Centralausschusses in Frankfurt existire, welchen Beschluß es auf seine wahre Bedeutung zurückführen müsse, damit die kleinen deutschen Staaten endlich aus den Händen der Demokratie befreit würden. (Heiterkeit.) Merkwürdig sei es, daß gerade Diejenigen, welche den deutschen Bund immer als eine Leiche betrachtet hätten, jetzt so großes Gewicht auf dessen Entschließungen legten; man könne daraus erkennen, was aus Preußen geworden sein würde, wenn es sich 1849 der Nationalversammlung gefügt hätte, und anders als damals stehe es heute auch nicht. Unter wachsender Unruhe fährt der Redner fort: Die Verbindung Holsteins mit Deutschland bleibe dieselbe, ob der Dänenkönig, ob der Augustenburger sein Herzog sei. (Hört!) Durch seine Verbindung mit Dänemark sei Holstein zum Wohlstande gelangt (hört, hört!) und es werde die Herrschaft Dänemarks jedenfalls der des Augustenburgers vorziehen. Nachdem Redner bedauert, daß Preußen die Gelegenheit nicht wahrgenommen, auf dem Fürstencongresse sich zum Organe für Recht und Legitimität zu machen, weist er darauf hin, daß Preußens Machtstellung und Sicherheit nicht von dem Schicksale Schleswig-Holsteins abhängen, sondern vielmehr von der Rheingränze, welches der empfindlichste Punkt sei, und in dieser Hinsicht habe das Ministerium Preußens Großmachtsstellung vollkommen gewahrt, während es durch die Lossagung vom londoner Protokolle sich auch Oesterreich entfremdet und nur die Demokratie für sich gewonnen haben würde.

Dasselbe gelte von Preußens Stellung dem polnischen Aufstande gegenüber; da habe man blutigen Krieg im Innern und von außen her prophezeit, und die Regierung habe Recht gehabt, sich dadurch nicht beirren zu lassen, denn es sei in der That nichts von Allem geschehen. Sollte es jetzt wirklich der Revolution gelingen, die Funken zur Flamme anzufachen und Preußen in einen Krieg mit den Großmächten hineinzutreiben, so würde das nur zum Nachtheil der Demokratie ausschlagen, denn Preußen hat zwei Verbündete, Oesterreich und Rußland (hört! hört!); ja, meine Herren, ich fürchte die heilige Allianz nicht, denn sie hat 50 Jahre hindurch den Frieden geschützt, sie hat heilsam gewirkt nach zwei Richtungen hin: gegen Frankreich und gegen die Revolution! (Heiterkeit.) Keine europäische Macht werde es Preußen verdenken, wenn es, nachdem es alle Mittel der Verhandlungen erschöpft, endlich zum Schwerte greife, um Dänemark wegen nicht ausgeführter Stipulationen zur Rechenschaft zu ziehen. An dem Protokoll aber, um welches es sich hierbei handle, habe der Bund keinen Antheil, Oesterreich und Preußen allein seien dabei betheiligt, und dürfen sich deshalb in dieser Frage auch nicht vom Bunde beherrschen lassen. Das von dem preußischen Ministerium befolgte System schädige weder Schleswig-Holstein, noch auch die Macht und Sicherheit Preußens, das werde vielmehr die von der Majorität vertretene Politik thun, und er bitte das Haus deshalb, die Anträge der Commission zu verwerfen.

Abg. Virchow: Sie erlassen es mir wohl, ausführlich dem Vorredner zu antworten, welcher uns eine Reihe von Jahrgängen der „Kreuzzeitung" in so bunter Reihenfolge der Nummern vorgeführt hat, daß die wunderbarsten Anachronismen und Widersprüche zu Tage getreten sind. So hat er z. B. die Exekution eine Bundespflicht genannt, und daraus deducirt, daß es unsere Verpflichtung sei, die Mittel dazu zu bewilligen, um im nächsten Augenblick hat er auseinandergesetzt, daß Preußen sich nicht dürfe majorisiren lassen, da es gegen den Bund keinerlei rechtliche Verpflichtung habe. Es läßt sich also aus dem Inhalt seiner Rede keine Ueberzeugung für seine Ansicht begründen. In Bezug auf den Ministerpräsidenten freue ich mich, daß er im Ton keine Veranlassung gegeben hat, die ruhige Bahn der Berathung zu verlassen, und werde ich versuchen, mich in diesen Grenzen zu halten, obgleich Ruhe schwer ist bei der Besprechung einer Frage, welche die Ehre und Interessen Deutschlands so tief berührt. Wenn er die Meinung ausgesprochen hat, seine Mittheilungen würden die Ueberzeugung des Hauses nicht erschüttern, so glaube ich nicht, daß er dieselbe rechtfertigen kann gegenüber den vielen Versuchen, welche die Majorität gemacht hat, um gerade in dieser auswärtigen Angelegenheit über die Personenfrage hinweg zu einer Verständigung zu gelangen, gegenüber unserer Bereitwilligkeit, bis an die äußerste Grenze der Concessionen diese Angelegenheit von allen subjectiven Wünschen loszulösen, und dem Bestreben, nur durch sachliche Gründe zu überzeugen.

Er hat allerdings nicht erwarten können, unsere Ueberzeugung zu erschüttern, durch Mittheilungen, die keine sind, durch allgemeine Betrachtungen, aus denen allein zu entnehmen, daß er keine bestimmte Politik habe. Indeß habe ich doch aus den Mittheilungen des Ministerpräsidenten einen Fortschritt entnehmen können, einen Fortschritt, um welchen sich, wie ich glaube, das Haus einiges Verdienst erworben hat; die Regierung erkennt jetzt ebenfalls an, daß der Zustand, wie er 1852 in den Herzogthümern geschaffen worden, gegenwärtig ein unmöglicher ist. Eine solche Erklärung hatten wir bis jetzt noch nicht gehört. Früher hat gerade aus dem Beharren bei den Abmachungen von 1852 der Ministerpräsident das Recht Preußens, als europäische Großmacht einzugreifen, hergeleitet. In der heute mitgetheilten Note erklärt er nun auch eine Lösung für möglich, wonach zwischen den Herzogthümern und Dänemark eine Personal-Union bestehen würde. Er scheint also doch endlich eingesehen zu haben, was hier im Hause schon wiederholt erörtert worden ist: daß nämlich mit den Abmachungen von 1852 nichts gemacht werden kann. Es ist also nicht unmöglich, daß er in der richtigen Erkenntniß noch weiter fortschreitet und insofern dürften, wenn wir auch nicht Alles erreichen, die vorgeschlagenen Resolutionen nicht ganz fruchtlos sein.

Der Ministerpräsident hat ferner erklärt, Preußen wünsche, daß die Erbfolgefrage vom Bunde recht eingehend geprüft werde, aber er hat mir nur den auf den Lippen schwebenden Gedanken hinweggenommen, wenn er hinzusetzte — langsam, bis er nämlich durch Herbeiführung von Verwickelungen dem Bunde die Entscheidung unmöglich gemacht habe. (Heiterkeit. Zustimmung.) Wer kümmert sich denn eigentlich noch um die Verabredungen von 1852. „Niemand, als wir allein." Wir führen die Vertragstreue im Munde: Dänemark kümmert sich nicht um die Verträge, wir aber müssen sie halten. Möchte doch der Herr Minister seine Vertragstreue in andere Bahnen lenken. (Lebhaftes Bravo!) Es scheint aber, daß davon ein so großer Export beschafft werden muß, daß für den inländischen Gebrauch sehr wenig übrig bleibt. (Heiterkeit!) Der Ministerpräsident hat ferner dem Commissionsbericht den Vorwurf gemacht, er habe seine in der Commission gebrauchten Worte nicht richtig wiedergegeben, insofern er nämlich gesagt: er werde die Mittel nehmen, wo er sie finde, aber auf verfassungsmäßigem Wege. Ich muß nun als Augen- und Ohrenzeuge leider gestehen, daß meinen Augen und Ohren diese Lippenbewegung des Ministers entgangen sein muß, da ich mich nicht entsinnen kann, von diesem verfassungsmäßigen Wege vernommen zu haben; nur hat er allerdings nicht gesagt, er werde die Mittel nehmen, sondern, er müsse sie nehmen. Vielleicht wollte der Herr Ministerpräsident heute nur seine Vertragstreue gegenüber der Verfassung constatiren. Nun, wir werden sehen, wie er uns oder einer künftigen Landesvertretung gegenüber im Stande sein wird, die zu seiner Politik nothwendigen Mittel auf verfassungsmäßigem Wege zu erlangen.

Bei wem findet denn nämlich die Politik der Regierung Beifall? Worauf stützt sie sich? Darüber besteht doch wohl kein Zweifel mehr, daß ihr die Majorität unseres eigenen und des deutschen Volkes nicht zur Seite steht und ebenso wenig die deutschen Regierungen. Ich wüßte aber auch von den auswärtigen Staaten keinen, außer Oesterreich, der mit seinem gegenwärtigen Vorgehen einverstanden sein könnte, denn eine Personalunion der Herzogthümer mit Dänemark ist weder im russischen noch im englischen Interesse. Indem aber die Regierung diesen Standpunkt betritt, verläßt sie die Basis, von der aus sie unsere Ansicht bisher bekämpft hat, indem sie gerade dadurch den europäischen Großmächten die Möglichkeit des Einspruches giebt. — Welches Interesse kann aber Oesterreich bei einer Intervention in den Herzogthümern haben? Doch nicht bloß: die Entstehung eines neuen Staates zu verhindern, der nach der Ansicht der „Kreuzzeitung" nur die Gegnerschaft Preußens vermehren würde. Oesterreich hat manches deutsche Land — ich erinnere an Lothringen und Elsaß — an den Reichsfeind ausgeliefert; es hat aber stets für sich dafür eine Entschädigung zu gewinnen gewußt und seine eigenen Hausinteressen wesentlich gestärkt.

Sollte Oesterreich etwa aus purer Gutmüthigkeit Preußen helfen wollen, oder ist etwa jetzt derselbe Zeitpunkt, wie damals beim wiener Congreß, wo Fürst Hardenbenberg eine Note an Metternich richtete, er möchte doch Preußen aus den Schwierigkeiten, in die es hineingerathen, retten? Oesterreich

würde sicherlich jetzt ebenfalls seine Entschädigung verlangt haben, wie damals. Jedenfalls ist jetzt schon ein Vertrag abgeschlossen, etwa in Betreff Venetiens, oder ein ähnlicher, der uns freilich ebenso bestritten werden wird, wie die Seeschlange des vorigen Jahres, die russische Convention. So bietet denn die Regierung dem preußischen Volke ein Schauspiel, das es seit dem siebenjährigen Kriege nicht erlebt hat, Croaten und Panduren im Lande zu sehen, welche angeblich die deutschen Interessen schützen sollen. Ich bin noch zweifelhaft, ob die Regierung berechtigt war, die Lasten eines solchen Durchmarsches ohne vorgängige gesetzliche Genehmigung auf die Schultern der preußischen Staatsbürger zu wälzen (Zustimmung), aber das steht für mich fest, daß logische, moralische, politische Erwägungsgründe der Regierung hätten verbieten sollen, unsern Bürgern solche Lasten aufzuerlegen. (Lebhaftes Bravo).

Ich bin dem Abg. Gottberg dankbar für die Offenheit, mit der er einen Grund für das Vorgehen der Regierung angegeben hat. Er hat als Zweck derselben die Niederwerfung der Demokratie bezeichnet. Das also soll das präsumtive preußische Interesse sein. Darin kann nun allerdings der Herr Ministerpräsident Großes leisten und sich als ein moderner Heros zeigen. Er kann nämlich erstens die dänische Demokratie niederwerfen, indem er durch sein Vorgehen den Dänenkönig zwingt, die dänische Verfassung zu brechen und eine neue zu octroyiren. Wenn ferner doch der Herzog von Augustenburg anerkannt werden müßte als Herzog von Schleswig-Holstein, so versteht sich von selbst, daß wenn von Ihrer Seite (zur Rechten sich wendend) die Anerkennung zu Stande kommen sollte, von der Verfassung von 1848, die derselbe anerkannt hat, keine Rede mehr sein würde; dann würden natürlich die alten Stände aufleben und eine feudale Constitution an die Stelle treten. Endlich aber wäre die Demokratie in Deutschland niederzuwerfen und es würde sich nur fragen, ob auch die Herren v. Dalwigk und Beust als Mitglieder der deutschen Revolution mit zu proscribiren seien. (Heiterkeit.) Mindestens aber hätte doch dann nicht die Politik des Central-Ausschusses in Frankfurt gesiegt, würden doch der National-Verein, der Abgeordnetentag, die Turner- und Schützen-Vereine nicht Recht behalten haben, sondern die Politik des Herrn v. Bismarck! Welches ist denn nun aber der Kern dieser sogenannten revolutionären Bewegung?

Nichts anderes als der Drang des deutschen Volkes nach Einigkeit, als das Streben, uns nach außen hin endlich als eine große Nation geltend machen zu können, zu zeigen, daß wir wirklich eine Nation sind. Ist doch dieses Bestreben selbst klar und offen ausgesprochen von dem Kaiser von Oesterreich, als er im vorigen Sommer die deutschen Fürsten nach Frankfurt berief, und von Hrn. v. Bismarck selbst in seiner berühmten Note, in welcher er das unveräußerliche Recht der deutschen Nation entwickelt hat. Wenn man also nicht etwa den Kaiser von Oesterreich und Hrn. v. Bismarck zu Anhängern der Republik stempeln will, so muß man doch zugeben, daß die deutsche Einheit auch ohne Republik möglich ist. Und dabei nennt man die Unterdrückung der nationalen Bewegung ein preußisches Interesse! Das liegt wahrlich nicht im Interesse des preußischen Volkes, sondern nur im Interesse einer kleinen Clique, die selbst nicht weiß, was sie will. (Lebhaftes Bravo!) Es scheint denn doch, als ob endlich der Widerstand des Ministerpräsidenten gegen diese kleine Partei gebrochen sei. Ich glaube nämlich, daß er bei seinem Eintritt in sein jetziges Amt, die ehrliche Absicht gehabt hat, nicht dieser Partei zu dienen. Er besaß damals noch wirklich Vorstellungen von persönlicher Selbstständigkeit und Unabhängigkeit; in ihm wirkten die Erinnerungen von dem alten Gegensatze Oesterreichs und Preußens aus seinem Aufenthalte in Frankfurt und Petersburg noch nach. Jetzt ist es anders: er spricht jetzt nur die Sprache und folgt der Politik der „Kreuzzeitung", denn wen hat er denn hinter sich als ihre Anhänger? Er darf nicht anders handeln, wie sie wollen, er ist ganz dem Bösen verfallen. (Allgem. Heiterkeit, in die der Ministerpräsident mit einstimmt, Bravo!) — Wenn er nach dem Willen dieser Partei die nationale Bewegung niedergeworfen ist, nun, dann ist Preußen in den Zustand versetzt, den ihm Fürst Schwarzenberg nach seinem von dem Berichterstatter schon citirten berühmten Ausspruch wünschte, es ist erniedrigt in seinem eignen Hause. —

Sie sprechen immer (zur Rechten gewendet), Preußen müsse in seiner Stellung als Großmacht so handeln; Sie renommiren immer mit Preußens Großmachtsstellung und leiten aus dieser ab, was es thun soll; in Oesterreich spricht man nicht von der Stellung als Großmacht, sondern thut, was man für das Interesse des Staates hält. Was nennen Sie denn aber, als Großmacht handeln? Wenn die kleineren deutschen Staaten am Bunde einen patriotischen Beschluß fassen, dann rufen Sie: die Großmacht Preußen dürfe sich nicht majorisiren lassen von den Kleinen — aber von den Großen. (Allseitiger Beifall, anhaltende Heiterkeit!) Beweisen Sie doch einmal gegen Große, daß Preußen eine Großmacht ist! (Lebhafter Beifall!) Ja, wenn erst das Blut unserer Söhne und Brüder vergossen ist, wenn eine Schlacht geliefert sein wird, wenn man sich auf einen errungenen Sieg und auf einen tüchtigen Feldherrn stützen kann, dann will man — dies entnehme ich aus den Mittheilungen des Ministerpräsidenten — auf den europäischen Congreß gehen und sich von den übrigen Großmächten majorisiren lassen. Aber eins gebe ich dabei zu bedenken: man darf sich unter der Armee keinen idealen Körper vorstellen: die Masse der Armee besteht aus Bürgern wie wir, aus unsern Söhnen und Brüdern, die an dem Entwicklungsgange der Nation vollen Antheil nehmen, die ihr Urtheil haben, wenn sie auch zeitweilig verhindert sind, ihm Ausdruck zu geben, und es wird der Regierung schwer werden, die Armee, nachdem sie ihr Blut vergossen für die Sache, sie auf ihre Bahn hinüberzuführen, wenn Sie dieselbe Sache auf einem Congresse aufgeben. (Stürmisches Bravo!) Auf einem europäischen Congresse würde es mit der schleswig-holsteinschen Frage ebenso gehen, wie auf dem wiener Congresse, wo die europäische Diplomatie über Preußen auch den Sieg davon getragen hat und der berühmte Ausspruch Jeffersons zur Wahrheit wurde, daß nach dem neuen sogenannten europäischen Staatsrecht die Völker wie Schafheerden verschachert würden. Schleswig-Holstein würde auf einem solchen Congreß zweifellos dem Feinde überliefert werden. (Zustimmung.)

Nach den heutigen Erklärungen des Minister-Präsidenten hält derselbe noch immer am londoner Protokoll fest. Es ist schon wiederholt erörtert, daß dies nur im russischen Interesse ist, indem dadurch alle Erbberechtigten bis auf die Glücksburger zu Gunsten der Gottorpschen Linie beseitigt sind. Nur ein Staatsmann, den ein solches Interesse leitet, kann eine solche Politik treiben. Im Interesse des preußischen und deutschen Volkes wäre es gewesen, wenn die Regierung mit der schwedischen sich in Verbindung gesetzt hätte, um die skandinavische Union zu Stande bringen zu helfen; dadurch wäre eine wirklich starke Macht am Sunde entstanden, die nicht mit Deutschland collidirte, sondern zu seinem Schutze gegen die Uebergriffe Englands und Rußlands dienen würde. Die Politik Dänemarks ist natürlich auf die Annectirung der Herzogthümer hingewiesen, eine skandinavische Union würde darauf verzichten können, jedenfalls wäre ein desfallsiges Uebereinkommen mit Deutschland nicht schwer.

Unter diesen Umständen trage ich kein Bedenken, der vorgeschlagenen Resolution mich anzuschließen, ebenso dem Amendement Grothe, welches der Verwahrung gegen die Politik des Ministerpräsidenten einen schärferen Ausdruck giebt.

Der Vorredner hat uns eingewendet, wir hätten ja die Bundesversammlung früher nicht anerkannt. Rechtlich allerdings nicht, aber factisch als existent müssen wir sie anerkennen. Indeß eine Regierung, die sie rechtlich anerkennt, kann uns dabei von ihrem Standpunkte am wenigsten entgegentreten.

M. H. Zur Erfüllung ihrer Bundespflichten bedarf die Regierung keiner Anleihe; zu ihren anderweitigen Zwecken ihr die Mittel zu bewilligen, wäre nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten gegen die Würde der Volksvertretung. Unser Volk hat, wie kein anderes, bewiesen, daß es, wie kein anderes, alle erdenklichen Opfer zu bringen vermag für ein wirkliches nationales Interesse, aber es ist auch frei und würdig genug, um nicht zuzugeben, daß seine Mittel nutz- und zwecklos weggegeben werden. (Lebhaftes Bravo.)

Ministerpräsident v. Bismarck: Der Herr Vorredner wird mich nicht eines ungerechten Vorwurfs zeihen, wenn ich behaupte, daß seine Aeußerungen sich für den vorliegenden Zweck nicht eigneten. Ich werde mich, getreu meiner vorher ausgesprochenen Absicht, nur auf thatsächliche Berichtigungen beschränken. Der Herr Vorredner hat mich dahin verstanden oder verstehen wollen, daß ich in der von mir verlesenen Depesche die Abmachung von 1852 als unmöglich bezeichnet hätte, und daß, wenn ich mich bei der Länge der Zeit seiner Worte noch recht errinnere, ich hierzu durch die Ueberredung der Redner des Hauses mich hätte bewegen lassen. Ich habe vielmehr die Zustände, welche von 1852 bis zum vorigen Jahre in Dänemark bestanden, für unmöglich und ihre Wiederkehr für unzulässig bezeichnet. Sollten die Stipulationen, welche während dieser Zeit unausgeführt sind, unausführbar sein, so ist das Dänemarks Sache. Der Vorredner hat ferner geäußert, er sehe nicht, wie die Verabredungen von 1852 noch dazu dienen sollten, eine Incorporation Schleswigs zu verhüten, da diese bereits erfolgt sei; es ist dies vollkommen richtig, wohl aber können diese Verabredungen als Basis dienen für das Einschreiten der europäischen Mächte gegen die Incorporation.

Was ferner meine Aeußerung in der Kommission über verfassungsmäßige und nicht verfassungsmäßige Wege betrifft, so hat mir der Vorredner das Zeugniß eines guten Gehörs gegeben; ich glaube auch ein gutes Gedächtniß zu besitzen, um mich genau meiner Worte zu erinnern. Sie konnten einen andern Sinn nicht gehabt haben, als wie ich vorher gesagt habe, und es liegt mir fern, meine Aeußerung ändern zu wollen. Ich erinnere nur daran, daß ich mein Vertrauen mit dem Wunsche begleitete, wir würden die Mittel auf verfassungsmäßigem Wege erhalten. Der Vorredner hat behauptet, daß ich meine politische Stellung seit meinem Eintritt in das Ministerium wesentlich nach rechts herüber geändert hätte. Wenn ich bei seiner Auffassung stehen bleibe, daß ich dadurch dem Bösen verfallen sei, so erinnere ich ihn an den Spruch: flectere sine quo superos Acheronta morebo. Ich habe die Hoffnung gehabt, daß sich auch bei Anderen, als bei mir die Neigung finden würde, den Parteistandpunkt unter Umständen den allgemeinen Interessen zu opfern; ich will nicht untersuchen, inwieweit ich mich getäuscht habe. Der Vorredner kam dann auf die Frage eines Kongresses und schien dabei vorauszusetzen, daß wir, die wir uns am Bunde nicht majorisiren lassen wollen, auf dem Kongresse majorisirt werden würden. Ich bemerke dabei, daß auf Kongressen nicht majorisirt werden kann, da die Beschlüsse einstimmig gefaßt werden müssen. Wenn der Vorredner darin eine Ungeheuerlichkeit sieht, daß nach einem Kriege ein Kongreß folgen solle, so ist mir dies unbegreiflich; es ist das fast die Regel. Wenn man den Krieg nicht verewigen will, muß man doch einmal zu einer Verständigung kommen. In Betreff der russischen Ansprüche glaube ich, daß auf die dänische Monarchie ein solcher Anspruch nicht wohl erhoben werden könnte, noch erhoben ist; was dagegen die Ansprüche auf die Herzogthümer betrifft, so habe ich keinen Beruf, mich darüber auszusprechen. Wenn aber der Vorredner dies schlechthin als eine Lüge bezeichnet hat, so will ich ihm erwidern, daß diese Lüge von ziemlich vielen Leuten geglaubt wird (Heiterkeit). Der Vorredner hat uns dann vorgeworfen, daß wir nicht an der skandinavischen Union einen Bundesgenossen gesucht hätten. Ich kann demselben darauf erwidern, daß der Gedanke an eine skandinavische Union wohl von einer Anzahl von Professoren gehegt wird, daß aber die schwedische Regierung dem nicht geneigt ist. Ich will hier nur die Thatsache feststellen, daß die Chance nicht so am Wege liegt, als der Herr Vorredner meint. —

Abg. Graf v. Wartensleben (vom Platz): M. H.! ich bin ein echter Pommer. . . . . (Rufe: „auf die Tribüne".) — Vicepräsident v. Unruh: Jedes Mitglied hat das Recht, vom Platze oder von der Tribüne zu sprechen; bei größeren Debatten ist es indessen allerdings Usus, daß die Redner die Tribüne besteigen. — Abg. Graf v. Wartensleben: Da dies mein Recht ist, so werde ich vom Platze sprechen. M. H.! Wenn ein echter Pommer nach Baiern kommt, so verstehen sie ihn dort nicht, und wenn ein echter Schwabe nach Pommern kommt, so verstehen wir ihn auch nicht. Darin sehe ich den göttlichen Rathschluß, daß es einen Nationalegoismus geben muß, und ich, m. H., kenne nur den preuß. Standpunkt und das preußische Interesse, und ich beklage, daß wir in dieser Frage einen Blick werfen sollen auf das Auslbnd und auf das Verhalten Anderer. Von diesem Standpunkte aus kann ich auch nur die holsteinische Frage betrachten. Abgesehen davon, daß das Recht des Herzogs Friedrich für mich ein höchst zweifelhaftes ist, namentlich wegen der Entsagung seines Vaters, habe ich mich nur gefragt: was ist unser Interesse? Und da theile ich den Standpunkt des Abg. Waldeck, daß man nicht fragt, wem anders man ein Land geben solle, das man sich vielleicht selbst nehmen kann. Was hat nun unsere Regierung gethan? Wenn sie die Verträge gebrochen hätte, was hätten wir dann, wenn der Kriegsfall eintritt, wenn wir uns vorher gebunden hätten an Bundesbeschlüsse oder dergleichen? (Heiterkeit.)

Die jetzt vorgeschlagene Resolution, meine Herren, und die früher von Ihnen beschlossene muß ich als verfassungswidrig erklären (Widerspruch.) Sie haben entschieden das Recht, Ihr Votum gegen die Anleihe abzugeben, aber Sie haben keineswegs das Recht, dem Ministerium den Gang seiner äußeren Politik vorzuschreiben, das ist eine Einmischung in die Prärogative der Regierung. Die Anleihe verweigern, ist Ihr Recht, die Resolution fassen, Unrecht. Sie fürchten einen Bürgerkrieg mit den deutschen Staaten, meine Herren. Im Interesse der Menschheit würde ich das für ein Unglück, im preußischen Interesse für ein Glück halten. (Oho!) Ja, meine Herren, denn dann kann der preußische Adler weitergreifen und seine Schwingen ausdehnen. (Heiterkeit.) Es ist das Interesse Preußens, soweit als möglich Boden in Deutschland zu fassen und sich auszubreiten. Die deutsche Einheit werden wir nicht mit Worten machen, sondern nur mit Thaten. (Beifall rechts)

Abg. Dr. Möller. Der Vorredner hat das Recht des Hauses bestritten, die Bewilligung der Anleihe an Bedingungen zu knüpfen, und in einem darauf gerichteten Beschlusse einen Eingriff in die Prärogative der Krone erblicken zu müssen geglaubt; kein Schluß kann falscher sein als dieser. Wer so argumentirt, steht bewußt oder unbewußt noch auf dem Boden des Absolutismus, nicht auf dem des Verfassungsstaates. Die Rechte der Krone, wie sie die V.-U. festgestellt hat, wird dieses Haus stets auf das Gewissenhafteste achten, aber es wird auch nicht um ein Komma weiter gehen und es verlangt dieselbe gewissenhafte Beobachtung für die Rechte der Landesvertretung, wie sie in andern Artikeln derselben V.-U. festgestellt sind. Art. 103 sagt ganz klar, daß Staatsanleihen nur auf Grund eines, durch Einwilligung aller drei Faktoren der gesetzgebenden Gewalt zu Stande gekommenen Gesetzes aufgenommen werden können. Dieses Haus hat das Recht, seine Einwilligung zu ertheilen, es hat das Recht, sie zu versagen; es hat also auch das Recht, einen Beschluß zu fassen, der dazwischen liegt, das heißt eine bedingte Einwilligung auszusprechen. Darin liegt allerdings eine Beschränkung der Rechte der Krone, welche aber in allen Verfassungsstaaten stattfindet und von der ganzen Welt, die Herren auf der rechten Seite dieses Hauses ausgenommen, als heilsam und förderlich für das Staatswohl erachtet wird. Das sind freilich Sätze aus dem politischen ABC; aber es es ist nicht unsere Schuld, daß dieselben hier so oft wiederholt werden müssen.

Das Recht der bedingten Bewilligung übt das Haus bei jedem Beschlusse über eine Etatsposition aus; es hat ein solches Recht aber auch bei Anleihen ausgeübt, so z. B. bei der 30 Mill.-Anleihe des Jahres 1859, welche nur für die Aufrechthaltung der Kriegsbereitschaft bewilligt war. Die Uebertretung dieser Bedingung ist die Quelle des gegenwärtigen Konfliktes. Auch diesmal wollen wir dieses Recht uns nicht nehmen lassen. Wir haben eine doppelte Veranlassung dazu, einmal die Rücksicht auf die Ehre des Staates und dann, daß wir alle Ursache haben, unsere Finanzen zu schonen. In den letzten 13 Jahren hat sich unser Budget um 50 Mill. erhöht, was die Steuerzahler bitter empfinden. Als zweiter Rechtsgrund ist uns die bundesmäßige Verpflichtung Preußens entgegengehalten worden; ob das Bundesrecht dem Budgetrecht der Landesvertretungen zu derogiren vermöge, will ich hier nicht weiter untersuchen. Gesetzt, es wäre dem so, so fallen von den auf 17 Mill. Gulden veranschlagten Kosten der Bundesexekution in Holstein — ein weiterer Bundesbeschluß ist noch nicht vorhanden — 27 Proz., d. h. rund 2,600,000 Thlr. auf Preußen; zur Deckung dieser Summe ist bei einem jährlich steigenden Budget von 140 Millionen eine Anleihe nicht erforderlich. Die Bundesexekution allein kann zu weiteren kriegerischen Verwickelungen nicht führen.

Ich frage aber, wie kann sich Preußen noch auf seine Bundespflichten berufen, nachdem die preußische und österreichische Regierung sich feierlich und öffentlich von der Verpflichtung losgesagt hat, dem Bundesbeschlusse vom 14. Januar Folge zu leisten, ja wo es geradezu in feindseligen Widerspruch gegen die Politik der übrigen deutschen Staaten getreten ist? — Der Herr Ministerpräsident hat die Schuld auf „Mißverständnisse" geschoben; welche Rolle dieselben seit dem 18. März 1848 bei uns gespielt, ist bekannt. Der Entschluß der Regierung hat übrigens schon vor dem Bundesbeschlusse festgestanden, die Rüstungen sind von Anfang an in weit größerem Maßstabe betrieben worden, als für reine Exekutionszwecke erforderlich gewesen wäre. Ein Theil der 12 Millionen-Anleihe ist zur Armirung der Küsten, zu Rüstungen der Marine, zum Bau von Panzerschiffen begehrt, ja in den Motiven auf „weitere Eventualitäten" hingedeutet worden. Die erste derselben — das haben die letzten Tage gelehrt — wird der Einmarsch einer preußisch-österreichischen Armee wider den Willen des Bundes in Holstein sein, die zweite Eventualität die Kriegserklärung gegen Dänemark. Hat die Regierung diese ihre Politik der Landesvertretung gegenüber zu rechtfertigen gesucht? Auf die Frage, wohin dies Alles ziele, wurde die Antwort gegeben: des gehöre noch nicht vor die Oeffentlichkeit. Daß es sich um Pläne handelt, die das Licht zu scheuen haben, ist klar; jedenfalls soll der Krieg nicht für die Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands, nicht für das Recht der Herzogthümer auf Selbstständigkeit und Untheilbarkeit, nicht für die Thronfolge des rechtmäßigen und von seinem Volke begehrten Herrschers geführt werden, er soll nicht ein nationaler und gerechter Krieg sein, kein solcher Krieg, wie er heutzutage allein noch einer civilisirten Nation würdig ist.

Warum hätte man sonst der Anerkennung der Herzogthümer durch den Bund gewehrt? warum hätte man ihm als „zweifelhaften Prätendenten" den Aufenthalt in seinem eigenen Lande nicht gestatten wollen? warum hätte man nicht auf den einzig correcten Pfad einlenken wollen: Lossagung von dem londoner Vertrage, Occupation Holsteins für seinen rechtmäßigen Herzog? — Der Herr Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, daß das Festhalten an den londoner Verträgen für die deutschen Großmächte die einzige Möglichkeit sei, sich um das, nicht zum deutschen Bunde gehörende Schleswig zu bekümmern; es sei eine Brücke, die man erst hinter sich abbrechen könne, nachdem man sie nicht mehr nöthig habe. Das mag sehr diplomatisch lauten, führt aber direct in eine Sackgasse, nämlich zu nichts Weiterem, als daß der König von Dänemark, dem Drucke nachgebend, die November-Verfassung für Dänemark-Schleswig aufhebt. Damit fehlt der weiteren Action auf Grund der londoner Verträge jeder Boden, und Dänemark wird dann bei erster Gelegenheit seine Versprechungen zurücknehmen oder umgehen. — Der correcte Weg war im badischen Antrage vorgezeichnet, den Erbprinzen Friedrich als Herzog von Holstein anzuerkennen und ihm zu überlassen, die Hilfe des deutschen Bundes in Betreff Schleswigs auf Grund des Art. 47 der wiener Schlußacte anzurufen. Verpflichtet zu einer solchen Hilfe ist der Bund nicht, wohl aber hat er das Recht dazu, insofern der Herzog als Bundesglied die Störung seines außerhalb des Bundes belegenen Besitzstandes nachweist, welcher Nachweis bei der Besetzung Schleswigs durch dänische Truppen nicht allzu schwierig sein möchte.

Es sind also nur zwei Annahmen möglich: entweder will Preußen die Herzogthümer für sich behalten als von Dänemark erobertes Land — oder sie an Dänemark zurückgeben. Aber die preußische Politik ist seit Menschenaltern nicht auf Eroberungen gerichtet gewesen. Verdächtig ist ferner die österreichische Allianz, insofern das Gerücht von einer mit Oesterreich abgeschlossenen „Convention" mehr als bloßes Gerücht ist. Es würde dies ein Compagniegeschäft sein, in welches jeder Theilnehmer mit der Absicht eintritt, sich mit dem besten Antheil an der Beute herauszuziehen und die Andern die Zeche zahlen zu lassen. Zu einem so kühnen Wurf hat sich seit Menschengedenken die preußische Politik nicht aufgerafft; es scheint daher diese Annahme nicht zulässig. Somit bleibt nur noch die letzte, traurige Möglichkeit übrig, daß es sich nur um eine zweite Auflage jenes Scheinkrieges handelt, der in den Jahren 1848—50 angeblich gegen Dänemark, in der That gegen die deutsche Volksbewegung geführt worden ist. Für einen solchen Krieg ist die entente cordiale mit Oesterreich wohl erklärlich. Das Ministerium fühlt instinktmäßig, daß jeder Aufschwung des deutschen Nationalgeistes der Herrschaft seiner Partei gefährlich wird; es will die Unterdrückung desselben selbst um den Preis, daß abermals zwei deutsche Länder einer neuen nationalen Schmach unterworfen werden. Vom Kriege würde nichts Anderes übrig bleiben, als eine höhere Art von Sport, eine angenehme Motion für die hohen Herrschaften, die leider beiläufig Tausenden von armen Soldaten Leben und Gesundheit kosten würde. Das sind die Zwecke, für welche man Gut und Blut der preußischen Staatsbürger verlangt.

Bei Gott! beides ist dafür zu kostbar. Wir können es vor unseren Wählern und vor unserem Gewissen nicht verantworten, für solche Zwecke auch nur einen Pfennig zu bewilligen. Der Herr Ministerpräsident hat in der Commission freilich die Andeutung fallen lassen, wenn das Haus die Anleihe nicht bewilligen wolle, so werde man sich Geld schaffen, wie und woher man es könne. Nun, meine Herren, darauf müssen wir es ankommen lassen. Es giebt allerdings Kapitalisten, die gegen lockende Bedingungen ihr Geld auf unsichere Hypotheken leihen, um schließlich zu Bettlern zu werden. Vielleicht meint der Herr Ministerpräsident Solche, die das Geschäft en gros zu betreiben Lust haben, das Publikum wird sich vor Schaden zu bewahren wissen. Es wird weder direkt an einer Anleihe ohne alle Garantie und gegen das öffentliche Votum der Landesvertretung sich betheiligen, noch aus zweiter Hand die Schuldscheine einer solchen Anleihe übernehmen. — Wir haben hier nur eine Pflicht: noch einmal einer Staatsregierung, welche solche Wege wandelt, öffentlich vor dem eigenen Lande wie vor ganz Deutschland unsere Mitwirkung zu verweigern. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. v. Blanckenburg. Der Vorredner habe es ihm leicht gemacht, indem er sich auf landläufige Declamationen beschränkt habe, während schon von dem Referenten der Punkt gekennzeichnet worden sei, auf den es ankomme und der sich in den Ausdruck resümire: fort mit diesem Ministerium! und: wir können keine Anleihe bewilligen, weil Bismarck an der Spitze steht. Er habe freilich bis jetzt immer geglaubt, daß in Preußen der König herrsche, und es rede ja auch noch die letzte Adresse des Hauses von dem Vertrauen des Hauses. Gegen den Abg. Virchow sich wendend, welcher die „Kreuzzeitung" wieder einmal als Vogelscheuche hingestellt habe, meint Redner, er könne ihm leicht die „Volkszeitung" vorrücken, deren Theilnehmer und fleißiger Mitarbeiter der Abg. Virchow wohl sei. (Heiterkeit, Abg. Duncker schüttelt abwehrend mit dem Kopfe.) Man behaupte, die Politik der preuß. Regierung sei ohne Sympathie im Lande und frage, wen Bismarck hinter sich habe. Darauf erwidere er: Vor sich hat er den König und hinter sich die Armee, die königl. preuß. Armee, von welcher, wenn sie sich zurückzieht, man nicht Anderes sagen kann, als daß sie dies auf Befehl des Königs gethan habe. (Bravo rechts.)

Wenn ihm und seinen Freunden der Vorwurf gemacht werde, daß sie kein Verständniß hätten für nationale Interessen und nationale Politik, so gestehe er, daß ihnen in der That das Verständniß fehle für ein Nationalitätsprinzip, welches in Italien rechtmäßige Fürsten beraubt, und in Deutschland die Einigung der Fürsten zur Kräftigung Deutschlands gegen äußere Feinde verhindere; auch dafür hätten sie kein Verständniß, wie ein preußischer Mann in der Resolution fordern könne, daß Preußen als Großmacht sich den Bundesbeschlüssen füge? — Der Abg. v. Carlowitz habe zu seiner Verwunderung den vorliegenden Antrag mit unterzeichnet, während er 1860 in der schleswig-holsteinschen Debatte in Bezug auf Preußens Stellung zum Bunde gerade das Gegentheil verfochten habe. Damals habe er energisch gegen jede Majorisirung Preußens im Bundeswege protestirt, und auf Letzteren den Ausspruch angewendet: naturam expellas tursa, tamen usque redibit, welchen er also übersetzt habe: „Wecke immerhin den Bundestag aus dem Schlafe, er schläft doch wieder ein" (Heiterkeit). Die weitere Behauptung des Redners, Preußen habe im Interesse der Herzogthümer seinen Antrag am Bunde gestellt, erregt so heftigen Widerspruch im Hause, daß der Präsident von der Glocke Gebrauch machen muß.

Das Verhalten des holsteinschen Prätendenten könne keine Sympathieen erregen; derselbe mißachte den Verzicht seines Vaters, setze sich, vom Nationalverein gestützt, im Lande fest, wo er sich privatim anerkennen lasse, — das alles verletze jedes Rechtsgefühl und widerstrebe durchaus der Würde des deutschen Bundes. Er könne sich nicht für einen künftigen Herrscher in Holstein erklären, welcher schon in den ersten Stadien seiner Laufbahn und in der gegenwärtigen Zeit den Versuch mache, durch ein Schreiben an Louis Napoleon seiner Sache Vorschub zu leisten. „Ein Fürst, welcher die Hand zu einem neuen Rheinbunde bietet, der giebt seine Dynastie für immer auf," so habe früher der Abg. v. Carlowitz geurtheilt, und er (Redner) unterschreibe diesen Grundsatz bereitwillig, ohne freilich begreifen zu können, wie Jener heute dazu komme, sich für einen künftigen Rheinbundsfürsten zu erklären. Auch dafür fehle ihm das Verständniß, wie man von Preußen verlangen könne, mit England, mit Oesterreich und mit Rußland zu brechen, um für einen neuen Herzog von Holstein in den Krieg zu ziehen. — Gegen den Abg. Virchow müsse er bemerken, — er wisse es zwar nicht genau, aber er glaube doch zu wissen — daß Preußen wohl noch andere Mächte neben sich habe, als Oesterreich. Nicht dieses allein wolle die europäische Revolution bekämpfen, auch in England sei man bereit, sich diesem Ziele anzuschließen. Er könne nur fort und fort dasselbe Wort wiederholen: Ich habe kein Verständniß — (Heiterkeit) dafür, daß Preußens Politik sich Majoritätsbeschlüssen dieses Hauses fügen soll. (Ruf: Gewiß!)

Geschähe dies wirklich, so würde die gesetzlich und rechtlich bestehende Armeereorganisation wieder vernichtet werden müssen. (Große Unruhe, Unterbrechung, Ruf: Oho! Glocke des Präsidenten.) Als wieder Ruhe eingetreten ist, behauptet Redner, er wisse, als Mitglied der damaligen Militär-Commission, daß die Gelder 1860 zu einem dauernden Zwecke bewilligt worden seien, was eine abermalige Unterbrechung hervorruft. Seine folgenden Aeußerungen werden von großer Unruhe und Ausbrüchen der Heiterkeit begleitet, so wie mehrfach durch den Ruf „zur Sache!" unterbrochen. — „Sie sind neulich dem Rathe des Abg. Jacoby, das ganze Budget zu verwerfen, nicht gefolgt, weil Sie dabei das Volk nicht hinter sich zu haben glaubten; wenn Sie aber den jetzt beantragten Beschluß fassen, so werden Sie bald nicht bloß ein negatives, sondern ein positives d'esaveu bekommen. Das Land weiß den wahren Werth der Armeeorganisation sehr wohl zu schätzen, und wie es über die Politik der Regierung denkt, hat es im Courszettel der Börse zu erkennen gegeben, denn als es jüngst hieß, der Ministerpräsident würde zurücktreten, da fiel der Cours, wie Ihnen der Abg. Reichenheim bestätigen wird. (Allgemeines Gelächter.) — Sie haben das unzweifelhafte Recht, den Credit zu verweigern, aber auf die Spitze getrieben, wird dieses, wie jedes andere Recht, zum Unrecht, und muß brechen, und die Reaction würde unmittelbar folgen."

Redner versichert, er habe bei allen seinen Reden es sich stets angelegen sein lassen, dahin zu wirken, daß die Verfassung womöglich bestehen bleibe; das sei aber nicht mehr möglich, wenn das Haus Beschlüsse fasse, welche die Regierung unmöglich ausführen könne. Er erinnert daran, wie einst ein Graf Schwerin dem großen Kurfürsten den Rath gegeben, türkisches Regiment in Preußen einzuführen, und wie ein Hoverbeck gegen alles Völkerrecht den Grafen v. Kalkstein in Warschau verhaftet und zur Hinrichtung geführt habe, weil derselbe sich unbeugsam für die Landesrechte erhoben habe. Das habe man damals auch Verfassungsbruch genannt, doch die Geschichte habe anders darüber geurtheilt. Kein König von Preußen, auch kein zukünftiger, könne die ihm vom Hause zugemutheten Beschlüsse ausführen, keiner seine Armee Angesichts eines Krieges desorganisiren, wie der Abg. Duncker verlangt habe. — Man scheue sich allerdings, die Bahn des Abg. Jacoby zu betreten, aber man handle so, was der Grund zu sein scheine: ich möchte wohl, aber ich wage es nicht. Wem es unter einem kräftigen königlichen Regiment nicht gefalle, der möge sich

ein anderes Vaterland suchen. Ich für meine Person würde, wenn die königl. Gewalt einmal nachgeben könnte, mich entweder von der Mitwirkung an den Staatsangelegenheiten zurückziehen oder mich bei dem neuen parlamentarischen Leben betheiligen (Schallendes anhaltendes Gelächter), denn es ist nicht möglich, ein Königthum, welches sich selbst aufgiebt, mit den Waffen zu vertheidigen, die ich bis jetzt geführt habe (Beifall der Conservativen, kräftiges Zischen auf den anderen Bänken).

Abg. v. **Carlowitz** ergreift hierauf das Wort für den Commissions-Antrag und zur Rechtfertigung der von ihm beantragten Resolution. Bei der im Hause sich erhebenden Unruhe ist von seinen Ausführungen auf der Journalisten-Tribüne leider nicht ein Satz im Zusammenhange zu verstehen.

Der Schluß der Generaldebatte wird darauf angenommen; eingeschriebene Redner sind noch die Abgg. Waldeck, Frese, Jung, Mitschke-Collande, Meibauer, Duncker, Graf Schwerin, Twesten u. A. — Ebenso wird die Vertagung auf morgen beschlossen. — Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. **Duncker** (gegen Blankenburg): Die Reorganisation könne auch im Falle eines Krieges verfassungsmäßig rückgängig gemacht werden, ohne einen Mann aus dem Gefüge der Armee zu nehmen: es wäre nur nöthig, die Linien-Regimenter in Landwehr-Regimenter zu verwandeln. — Abg. Dr. **Virchow** (gegen denselben): Er habe nie weder an der Volkszeitung noch an einer andern gearbeitet, und schreibe in Zeitungen überhaupt nie anonym.

Abg. Frhr. v. **Hoverbeck** (desgl.): Der Abg. v. Blankenburg habe ihm vorgeworfen, daß einer seiner Vorfahren vor einigen hundert Jahren zu Gunsten des großen Kurfürsten einen völkerrechtlichen Frevel verübt habe; er gestehe, daß ihm dies herzlich leid thue, könne aber nicht dafür (Heiterkeit). Das versichere er dem Abgeordneten, daß er zu Gunsten keines Fürsten der Welt so handeln würde (Bravo). — Abg. **Reichenheim**: Abg. v. Blankenburg irre sich; man speculire an der Börse auf die schlechte Politik der Regierung, weil man der Meinung sei, daß Preußen nachgeben werde, und daß deshalb Verwickelungen gar nicht entstehen könnten. Auf das Verbleiben des Ministerpräsidenten werde nicht speculirt, der Ministerpräsident habe an der Börse keinen Cours, eben so wenig, wie im Volke. Dieses Werthpapier eigne sich also zur Speculation nicht. — Abg. Dr. **Waldeck** erklärt, daß er zwar für den Comm.-Antrag eingeschrieben gewesen sei, doch gegen die Resolution habe sprechen wollen.

Der **Präsident** schließt die Sitzung um 3½ Uhr. — Nächste Sitzung: Morgen 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen.

9. Sitzung des Herrenhauses (21. Januar).

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung gegen 12¼ Uhr. Am Ministertische: Graf zur Lippe, Graf Itzenplitz und Regierungs-Commissarien. Der Handelsminister hat um möglichste Beschleunigung der Berathung der in das andere Haus eingebrachten Eisenbahnvorlagen, wenn diese eventuell in das Herrenhaus gelangen, gebeten. Es wird die Wahl einer besonderen Commission gleich nach Schluß der Sitzung beliebt. — Vor der Tagesordnung ergreift Herr v. **Kleist-Retzow** nochmals das Wort, um dem Hause mitzutheilen, daß er sehr viele Zuschriften, namentlich auch von angesehenen Damen, erhalte, welche warme Sympathien für Schleswig-Holstein aussprechen. Er wolle bei dieser Gelegenheit bemerken, daß er kein Gegner Schleswig-Holsteins sei. Herr **Hasselbach** erklärt es für unzulässig, daß Herr v. Kleist hier wiederholt seine Ansichten über Schleswig-Holstein ganz geschäftsordnungswidrig vorzutragen sich gemüßigt sehe. — Auf der Tagesordnung stehen eine Reihe von Gesetzentwürfen von meist lokaler Bedeutung: wegen Aufhebung der lex Anastasiana in den Bezirken des gemeinen Rechts, Verbesserung des Hypothekenwesens im Bezirk Ehrenbreitstein, Einführung der Concursordnung und des sogen. Anfechtungsgesetzes ebendaselbst. Diese Entwürfe werden unverändert nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen.

Es folgt die Berathung über die provisorisch erlassene Verordnung vom 23. Juni 1863 wegen Verhütung des Zusammenstoßes der Schiffe auf der See. Das Abg.-Haus hat dieser Verordnung zwar die Genehmigung ertheilt, dem Art. III. derselben aber, wonach die Reg. befugt sein soll, dieses Gesetz je nach Bedürfniß abzuändern, gestrichen. Die Majorität der Herrenhaus-Commission hat die Wiederherstellung dieses Art. III. sowie eine kleine redactionelle Aenderung befürwortet, Herr v. **Zander** aber durch ein Amendement, das die ausreichende Unterstützung erhält, beantragt, die Verordnung in der vom Abg.-Haus beliebten Form anzunehmen. — Berichterstatter Dr. **Tellkampf**, Herr v. **Zander** und Graf **Rittberg** befürworten dasselbe; ersterer erklärt, er habe schon in der Commissirn gegen die Wiederherstellung gestimmt, Art. III. widerspreche einem der wichtigsten Grundsätze der Verfassung, der Betheiligung der Factoren an der Gesetzgebung; man dürfe nicht die Gesetzgebungsgewalt Anderen delegiren; auch dürfe man den Art. nicht wiederherstellen, wenn das Gesetz noch in dieser Session zu Stande kommen solle. Auch der **Justizminister** stimmt aus dem letzteren Grunde dem Amendement zu. Dasselbe wird darauf angenommen. — Die Etatsüberschreitungen der Jahre 1859—1861 werden hierauf ohne Debatte genehmigt; der Gesetzentwurf, betreffend

Die Abänderung des ostpreußischen Landrechts (kleine Kalende) nach den Beschlüssen des anderen Hauses angenommen, eben so wie auch der Gesetz-Entwurf, betreffend die Rechtsverhältnisse der Schiffsmannschaft auf Seeschiffen. Aus dem Bericht der Matrikel-Commission ist hervorzuheben, daß das Herrenhaus gegenwärtig aus 275 Mitgliedern besteht, von denen zehn bis jetzt noch nicht in das Haus eingetreten sind, und zwar fünf erblich berechtigte Mitglieder des hohen Adels, zwei Vertreter der Städte, Trier und Nordhausen, und drei aus allerh. Vertrauen Berufene. Herr v. **Bernuth** macht darauf aufmerksam, daß sechs Städte, darunter die größten, Berlin, Breslau, Köln und Danzig, zum Theil schon seit langer Zeit in diesem Hause unvertreten seien. Ohne Anträge zu stellen, habe er dies zur Sprache bringen wollen, damit das Haus sich in dem Wunsche vereinige, die Vertretung dieser Städte herbeizuführen. Schließlich werden noch einige Anträge, Abänderungen, die Geschäftsordnung des Hauses betreffend, erledigt, welche von keinem allgemeinen Interesse sind. Schluß der Sitzung: 2½ Uhr. Nächste Sitzung: Sonnabend, falls an diesem Tage die Budgetberathung erfolgen kann, andernfalls am Montag.

Berlin, 21. Januar. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Gen.-Maj. z. D. **Ilgner**, bisherigen Kommandanten von Minden, und dem Geh. Reg.- und Schulrath a. D. Dr. **Schweitzer** zu Köln, den kgl. Kronenorden 2. Kl., dem Flügel-Adjut., Oberst-Lieut. v. **Strubberg** den kgl. Kronenorden 3. Kl., sowie dem Sec.-Lieut. (mit Premier-Lieutenants-Charakter) **Sander**, à la suite der Garde-Inv.-Komp., dem Geh. Registrator beim Finanz-Ministerium, Kanzleirath **Schmidt**, dem Steuer-Einn. und Salzfaktor, Steuer-Insp. **Seefeldt** zu Neusalz im Kreise Freistadt, dem gräfl. Schaffgotschschen Kameral-Direktor v. **Berger** zu Hermsdorf u. K. im Kr. Hirschberg, dem Fabrikbes. Wilh. **Sternberg** zu Sommerfeld und dem Rentier **Frank** zu Stargard im Kr. Saatzig den kgl. Kronenorden 4. Kl. zu verleihen.

Der als zweiter Arzt bei der Provinzial-Irren-Anstalt zu Owinsk fungirende Dr. **Monski** ist zum Kreis-Physikus des Kreises Schroda ernannt worden. Der Thierarzt erster Klasse **Johow** zu Borgentreich ist zum Kreis-Thierarzt für die Kreise Steinfurt und Tecklenburg im Regierungsbezirk Münster ernannt worden.

Berlin, 21. Januar. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: der Gräfin **Schaffgotsch**, Johanna geb. v. **Schomberg-Godulla**, zu Koppitz im Kreise Grottkau, und der Wittwe des Obersten v. **Tadden**, Mathilde geb. v. **Gaudi**, zu Berlin, die Erlaubniß zur Anlegung des von Ihrer Majestät der Königin von Baiern ihnen verliehenen Theresienordens zu ertheilen.

Berlin, 21. Januar. [Se. Maj. der König] nahmen heut die militärischen Meldungen des österreichischen Oberstlieutenants von Schönfeld, des Generals der Kavallerie und Generaladjutanten Grafen v. d. Gröben, der Obersten v. Beyer und v. Stückradt, des Rittmeisters v. Radecke — in Gegenwart des Stadtkommandanten, Generallieutenants v. Alvensleben — entgegen, und empfingen den General der Infanterie v. Schack. Vortrag hatten der Ministerpräsident v. Bismarck und das Militärkabinet. (St.-A.)

* [Ablehnung der Sommation.] Die „Nordd. A. Z." schreibt: „Die dänische Regierung hat die Sommation der deutschen Großmächte abgelehnt. Der preußische und der österreichische Gesandte werden in Kopenhagen nur noch durch die Unterbrechung der Dampfschifffahrt zurückgehalten (wie bereits telegraphisch gemeldet).

* [Die Desertion deutscher Soldaten] aus dem dänischen Heere wird durch die „Kreuzztg." verurtheilt; sie verlangt, die deutschen Soldaten sollen weiter im dänischen Heere bleiben und mithin eventuell gegen Deutsche für die Dänen kämpfen.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 20. Jan. [Eine russische Erklärung.] Der telegr. gemeldete Artikel der „Kreuzztg." lautet wörtlich: Aus zuverläßigster Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß das petersburger Cabinet bei mehreren deutschen Höfen die Erklärung abgegeben hat, sobald das londoner Protokoll aufgehoben würde, werde Rußland seine Ansprüche auf den Gottorpschen Antheil von Holstein (Kiel 2c.) geltend machen. (Diese russische Erklärung paßt recht hübsch in den Kram. Man könnte sich fürchten, wenn hinter ihr etwas mehr wäre als hinter den englischen Noten. Aber es ist da wie dort nichts. D. Red. d. Bresl. Ztg.)

Englisch-sächsischer Depeschenwechsel.

Die „Times" veröffentlicht folgende beiden Schriftstücke:

Herr Murray an den Baron v. Beust.

Dresden, den 8. Januar 1864.

Ich habe die Ehre, den Empfang der Note anzuzeigen, welche Ew. Exc. unterm 5. d. M. an mich gerichtet haben und die mir am Abend des 6ten überreicht ward. Ich habe nicht verfehlt, sofort eine Abschrift derselben an Earl Russell, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, nach London abzusenden.

Obschon es Sache Sr. Excellenz sein wird, sich später über die Bemerkungen auszusprechen, die Sie in der vorerwähnten Note an mich gerichtet haben, so kann ich sie doch nicht ganz unbeantwortet lassen aus Furcht, Ew. Excellenz möchten glauben, ich räume ihre Gerechtigkeit und Tristigkeit ein. Sie werden mir zuvörderst die Bemerkung gestatten, daß die Note, welche ich an Sie zu richten die Ehre hatte, kein Wort enthielt, welches „die Ehre der sächsischen Fahne" antastete. Denn wenn die englische Regierung irgend etwas Tadelnswerthes in dem Benehmen der deutschen Truppen in Holstein, einem zum Bunde gehörigen Lande, in welchem sie auf keinen Widerstand gestoßen sind, gefunden hat, so ist dadurch die Ehre ihrer Fahne nicht angetastet, indem die ganze Verantwortlichkeit für ihre Handlungen den Commissarien zugeschrieben wird, welche gegenwärtig mit der Regierung der Provinz, in welcher sie stehen, beauftragt sind. Was war nun aber der Beweggrund, welcher Earl Russell zu der Bemerkung veranlaßte, daß ihr Benehmen in Holstein ebenso dem Bundestagsbeschlusse, wie der Gerechtigkeit zuwider gewesen sei? Es scheint mir, daß er nicht schwer zu finden ist. Die deutschen Truppen rückten in Holstein ein, um die vom Bundestage verfügte Bundesexecution auszuführen: ganz Europa kannte den Zweck dieses formellen Actes — es war der, Besitz von dieser Provinz zu ergreifen und sie so lange zu regieren, bis die zwischen dem Könige von Dänemark in seiner Eigenschaft als Herzog von Holstein und zwischen dem deutschen Bunde obwaltenden Differenzen auf legale und befriedigende Weise geschlichtet sein würden. Dieser Bundestagsbeschluß legte den während der Execution mit der Verwaltung betrauten Bundesbeamten die Pflicht auf, ihre Functionen mit Unparteilichkeit und strenger Billigkeit auszuüben, vor Allem aber die Bewegungen heißblütiger und unbedachtsamer Personen zu zügeln, deren Zweck es war, unter dem Vorwande der Aufrechterhaltung deutscher Rechte über alle vom Bundestage gutgeheißenen Maßregeln hinauszugehen und den von den fünf europäischen Großmächten unterzeichneten Vertrag von 1852 mit Füßen zu treten. Lassen Sie uns sehen, wie die Commissare diese Pflichten erfüllt haben. Die Truppen des Königs von Dänemark hatten Holstein kaum geräumt und die Bundestruppen waren kaum in jenes Herzogthum eingerückt, als der Prinz von Augustenburg eintraf und sich an verschiedenen Orten ohne irgend welchen Widerstand von Seiten der Commissare zum rechtmäßigen Beherrscher der Herzogthümer Schleswig-Holstein proclamiren ließ, und wenn den Zeitungsberichten Glauben zu schenken ist, so mischten sich die Beifallsrufe der sächsischen Truppen mit denen, mit welchen die Bewohner Holsteins den Prinzen begrüßten. Ich will nicht versuchen, Hr. Minister, der schließlichen Lösung vorzugreifen, welche die Frage über die Erbfolge der Herzogthümer entscheiden wird, aber ich wage zu behaupten, daß die vorerwähnten Thatsachen jedem Unparteiischen das Recht geben, zu sagen, daß die Bundesexecution, wie sie von den deutschen Behörden in Holstein gehandhabt worden ist, nicht nur mit dem Befehle des Bundestages, sondern auch mit der Gerechtigkeit im Widerspruche gestanden hat.

Es beliebt Ew. Excellenz zu sagen, das Benehmen der Bundestruppen in einem Bundeslande, in welchem sie kraft eines Bundestags-Beschlusses ständen, sei ein Gegenstand, der eine fremde Regierung nicht im geringsten etwas angehe. Es ist das ein Satz, welchen Niemand bestritten haben würde, wenn diese Truppen und die ihre Bewegungen leitenden Behörden sich innerhalb der Grenzen ihrer Befugnisse gehalten hätten; wenn sie aber dulden, daß vor ihren Augen ein Prinz, der ohne ihren Schutz nicht im Stande gewesen wäre, einen Fuß auf den Boden des Landes zu setzen, sich offen zum Herrscher der beiden Herzogthümer proclamirt, welche seit langer Zeit der dänischen Krone gehören und durch einen von den europäischen Großmächten unterzeichneten Vertrag auf den regierenden König übergegangen sind, so wird Ew. Excellenz mich entschuldigen, wenn ich mich außer Stande sehe, einzuräumen, daß dies ein Gegenstand sei, welcher eine der unterzeichnenden Mächte gar nichts angehe. Was die Stelle betrifft, in welcher Earl Russell von Baiern und Würtemberg sagte, daß sie mit Sachsen die Verantwortlichkeit für die Folgen theilten, welche aus der Art, wie die Bundes-Execution in Holstein ausgeführt worden sei, entspringen könnten, so muß ich Sie davon in Kenntniß setzen, daß die Note, welche ich am 5. d. M. an Sie zu richten die Ehre hatte, nur die Uebersetzung eines Telegramms war, das ich von Sr. Excellenz erhalten hatte, und obgleich es bei telegr. Depeschen Brauch ist, nur den Umriß eines Gedankens zu geben, ihn nicht aber im Einzelnen zu erläutern, so fand ich es doch nicht schwer, aus dem Zusammenhange den Sinn der Stelle zu ersehen, in welcher Sie einen Beweis der Unwissenheit über die in Deutschland vorgehenden Dinge gefunden zu haben glauben. Die Verantwortlichkeit, welche die Stelle, wie ich sie verstehe, Baiern, Sachsen und Würtemberg zuschob, bezog sich auf die Unterstützung, welche diese drei Regierungen den Ansprüchen eines Prinzen haben angedeihen lassen, der sich, ehe die Frage über seine Rechte von zuständigen Behörden entschieden war, zum Beherrscher der Herzogthümer Schleswig und Holstein proclamirte, indem er sich an die Spitze der Bewegung in Deutschland stellte, welche einen Druck auf die beiden deutschen Großmächte ausübt und den Zweck hat, sie zur Verletzung der Verpflichtungen zu nöthigen, die sie durch Unterzeichnung des Vertrages von 1852, dem die Mehrzahl von den deutschen Regierungen gleichfalls beigetreten ist oder zugestimmt hat, eingegangen waren. Er, Russell, ist der Ansicht, daß diese drei Regierungen eine schwere Verantwortlichkeit auf sich nehmen, und wenn Se. Excellenz hinzufügt, „daß, wenn die Bundestruppen in Schleswig einfallen, ehe die Mächte, welche den londoner Vertrag unterzeichneten, im Stande gewesen sind, ihre Meinung über die Sache kund zu thun, die ernstesten Folgen daraus entstehen können", so liegt in seinen Ausdrücken auch nicht die geringste Absicht oder der geringste Gedanke einer Drohung. Sie sind nichts weiter, als ein Ausdruck seiner Ansicht, daß dieser Schritt Folgen haben könnte, die jetzt unvorhergesehen sind und Gefahren für die Ruhe und Wohlfahrt Europa's in sich bergen.

Genehmigen Sie 2c. Ch. A. Murray.

Baron v. Beust an Herrn Murray.

Dresden, 10. Januar 1864.

Die Note, welche Sie am 8. d. M. an mich zu richten mir die Ehre erwiesen, ist gestern an mich gelangt. Ich kann Ihnen nicht genug dafür danken, daß Sie so außerordentlich freundlich gewesen sind, mir auf solche Weise den wahren Inhalt der Note aus einander zu setzen, welche am 5ten d. M. an mich zu richten Sie die Güte hatten. Ich muß nothwendig das lebhafteste Bedauern empfinden, daß ich nicht eher in Stand gesetzt wurde, ihn zu verstehen, da ich dann in einer sowohl für Sie wie für mich befriedigenderen Weise hätte antworten können. Hätte ich gewußt, daß Sie mich nur mit den Einwänden bekannt machen sollten, welche in Bezug auf die Art, wie die Bundes-Commissare ihren Auftrag ausführen, zu erheben die Regierung Ihrer britischen Majestät sich für verpflichtet hält, so würde ich mich, wie ich heute thue, darauf beschränkt haben, Sie um Ihre freundliche Vermittelung bei Earl Russell zu ersuchen, indem Sie ihn bitten, sich an den Bund zu wenden. Es ist Sache jener Körperschaft, zu bestimmen, in wie weit sie in einem solchen Falle es für angemessen erachtet, die Vorstellungen einer fremden Macht zu berücksichtigen.

Aber, Herr Minister, erlauben Sie mir, Ihnen ins Gedächtniß zu rufen, daß Sie des tadelnswerthen Benehmens der deutschen Truppen in Holstein Erwähnung thaten und folglich die sächsischen Truppen in ihren Tadel mit einbegriffen. Ein derartiger Vorwurf trifft die militärische Ehre, mithin die Ehre der Fahne, und ich war es dem tapferen Heere des Königs schuldig, den Vorwurf energisch zurückzuweisen. Sie führen eine einzige Thatsache zum Beweise an. Wenn sie richtig ist, was noch der Bestätigung bedarf, so zweifle ich nicht daran, daß sie Mißbilligung erfahren wird, obgleich sie in keinem Falle die Anklage eines „der Gerechtigkeit zuwiderlaufenden Benehmens" verdienen würde. Nichts desto weniger ist es meine Pflicht, nochmals zu wiederholen, daß, wenn Bundestruppen Bundesgebiet auf Befehl des Bundestages besetzen, wir keiner fremden Regierung das Recht zugestehen können, irgendwo eine Erklärung über ihr Benehmen zu verlangen. Ich darf mich wohl der Hoffnung hingeben, daß, nachdem Sie Earl Russell meine letzte Note vorgelegt haben, Sie die Güte haben werden, dasselbe in Bezug auf die Mittheilung, die ich heute an Sie zu richten die Ehre habe, thun werden. Genehmigen Sie 2c. Beust.

Italien.

Turin, 19. Januar. [In der heutigen Kammersitzung] kündigt Crispi eine Interpellation an in Betreff der Attentäter gegen das Leben Napoleons. Er behauptet, daß keines dieser Individuen an dem Zuge nach Marsala Theil genommen habe.

Rom, 16. Jan. [Tel.] Die Polizei hat einige politische Verhaftungen vorgenommen und Briefe Garibaldi's mit Beschlag belegt. Das Comite der Actionspartei hat seine Antwort, die es dem nebenbuhlerischen Comite ertheilt hat, veröffentlicht und erklärt, es sei bereit, die päpstliche Regierung umzustürzen. Das offizielle „Giornale di Roma" veröffentlicht einen Artikel, der die Slaven und selbst die Russen ermahnt, zur Einheit des Glaubens zurückzukehren.

Frankreich.

Paris, 19. Jan. [Neuwahlen.] Das Ergebniß der Wahl in Straßburg ist: 14,725 Wähler stimmten für Hallez-Claparède und 4580 für Bulach. — In Nimes erhielt Bravay 17,330, Boyer 4811 und Brun 2388 Stimmen. — In Epinal wurde der Candidat der Opposition, Buffet, mit einer Majorität von mehr als 3000 Stimmen erwählt. Bourcier de Villiers erlangte nur ohngefähr 13,000 Stimmen.

Belgien.

Brüssel, 19. Jan. [Zur Ministerkrisis.] Die „Indep. belge" sagt: Bekanntlich ist Herr Pirmez gestern von dem König empfangen worden. Diesen Morgen wurde Herr de Brouckere von Neuem in den Palast berufen und wir glauben, der König wird sich von jetzt an nur mit politischen Männern, die zur Rechten gehören, in Verbindung setzen. Man spricht von dem Herrn Dechamps.

Spanien.

[Das neue Ministerium.] Der „Constitutionnel" bringt folgende Charakteristik der neuen Minister: „Der Minister-Präsident Arrazola war mehreremale Justizminister und in letzter Zeit Präsident des obersten Gerichtshofes; er gilt in Spanien für einen der ausgezeichnetsten Richter und für einen hervorragenden Redner im Senate. Der Justizminister Alvarez, ehemaliger Abgeordneter und Unter-Staatssecretär in demselben Ministerium, ist ein sehr geachteter Politiker. General Lersundi, Senator und ehemaliger Präsident des Ministerraths, ist einer der tapfersten Soldaten und hat sich im afrikanischen Kriege sehr ausgezeichnet. Der Finanzminister Troupita, ein ehemaliger Beamter des Departements, dessen Chef er jetzt ist, besitzt große praktische Kenntnisse in dem Verwaltungsfache, dem er gegenwärtig vorstehen soll. Er ist Mitglied des Abgeordnetenhauses. Benavides, einer der hervorragendsten Männer der gemäßigten Partei, war bereits früher Minister des Innern. Er ist Mitglied der spanischen Akademie und hat sich eben so sehr als Redner wie als Schriftsteller ausgezeichnet. Er war mehrmals Mitglied des Abgeordnetenhauses. Moyano, Abgeordneter und ehemaliger Minister, hat dem Departement, an dessen Spitze er jetzt steht, bedeutende Dienste geleistet. Der Colonialminster Castro war von 1856 bis 1858 spanischer Gesandter in Turin und seitdem kgl. Rath und Präfect von Madrid. Er ist ein ausgezeichneter Redner."

Rußland.

[Von Sebastopol] kommen einige interessante Details über das Heben der Schiffe der im Krimkriege versenkten russischen Kriegsflotte. Gehoben wären danach die Corvette „Pilad", die Fregatte „Flora", die Linienschiffe „Gawril" und „Silistria" und ¾ des Linienschiffes „Warna". Vom Linienschiffe „Ariel" sind zwei Decks abgehoben. Das Linienschiff „12 Apostel" ist durch Sprengung mitten durchgerissen und wird erst im Sommer 1864 gehoben; ebenso das Linienschiff „Tschesma". Vom Linienschiff „Sewastopol" ist das Deck abgehoben, von „Kaiserin Marie" ebenfalls, und ¾ vom „Jagudil" gereinigt. Von der Fregatte „Kagul" sind die Decks abgenommen und die Ketten untergelegt. In Angriff zur Hebung sollen genommen werden: die Linienschiffe „Tri-Swiatitela" und „Selafoil", die Fregatte „Sisopol", das Linienschiff „Rostislaw", die Fregatten „Midia" und „Messemwria", die Linienschiffe „Chrabri", „Paris" und „Konstantin".

Amerika.

* **Newyork,** 4. Jan. [Sieg der Unionisten. — Feldzugsplan.] Der Conföderirten-General Forrest hat eine Strecke der Memphis-Charlestoner Bahn zwischen Collinsville und Moscow in West-Tennessee zerstört, erlitt aber darauf bei Summerville und Middleburg mehrere Schlappen. — Wie der „Newyorker Times" aus Chattanooga mitgetheilt wird, hat General Grant dem washingtoner Cabinet einen Feldzugsplan vorgelegt, welcher von allen bisher vorgebrachten Projecten gänzlich verschieden ist. — Zur Unterdrückung der Meuterei in Fort Jackson sind drei Kanonenboote von Neworleans den Fluß hinaufgegangen.

New-York, 4. Jan. [Erfreulicher Fortschritt.] Das Jahr 1864, welches das Kriegsglück hoffentlich zum Jahre der vollständigen Emancipation und der Wiederherstellung der Union machen wird, hat mit einem Ereignisse begonnen, das als bedeutungsvolles Zeichen einer neuen Epoche erwähnt werden darf. Am Neujahrstage empfing der Präsident der Vereinigten Staaten nicht nur die Vertreter der fürstlichen Häuser und der Länder weißer Bevölkerung, sondern auch einige Vertreter der schwarzen, der bisher nicht als ganz dem Menschengeschlechte angehörig betrachteten Race. Fünf Farbige drückten zum Neujahrswunsche die Hand des höchsten Beamten der großen Republik. Es ist dies so zu sagen eine amtliche Erklärung der großen Revolution, welche in der neuen Welt die Civilisation der alten fortsetzt. Am ersten Tage des vergangenen Jahres würde dieser Act des Präsidenten einen Schrei der Entrüstung bei der Mehrheit der Nation hervorgerufen haben, auch die Bessergesinnten würden ihn als unstatthaft mißbilligt haben, nur die geringe Zahl der unbedingten Negerfreunde hätte ihn gut geheißen. Jetzt geschah dies, ohne daß selbst die Oppositions-Presse mit heftigem Tadel davon spricht und die Mehrheit des Volkes findet es schon ganz natürlich. So rasch ist die öffentliche Meinung fortgeschritten.

* **Newyork,** 5. Jan. [Vom Kriegsschauplatze.] Die Unionstruppen haben Indianola in Texas erobert. Sämmtliche texanische Sklaven werden der Sicherheit wegen 50 Meilen landeinwärts geschafft. Die Unionstruppen haben Andrews nebst dessen Salinen, im Werthe von 3 Millionen, zerstört. — Die newyorker Polizei hat eine Banknotenpresse nebst 7 Millionen fertiger Noten der Conföderirten entdeckt. Die Kälte ist heftig; der Mississippi ist zugefroren.

Vera-Cruz, 15. Dez. [Gegen Erzherzog Max.] Von allen Seiten kommen die Proteste gegen die Kandidatur des Erzherzogs Maximilian. Selbst in der Hauptstadt fand dieser Tage eine Kundgebung in diesem Sinne statt, die ohne die Umsicht und Festigkeit des Generals Neigre zu Ruhestörungen hätte führen können. Die öffentliche Meinung ist in dieser Beziehung so gereizt, daß man in den neuerdings von den französischen Truppen besetzten Städten nicht mehr versucht hat, ein Pronunciamiento zu Gunsten des Erzherzogs in Anregung zu bringen.

* **Mexico.** [Offizieller französischer Bericht.] Der „Moniteur" füllt fünf Spalten mit den Nachrichten der neuesten mexicanischen Post, welche aus Vera-Cruz bis zum 15., aus Mexico bis zum 10. und aus Celaya, Bazaine's damaligem Hauptquartier, bis

zum 4. Dezember reicht. Wir entnehmen daraus, daß Guanajuato, Zamora, Salamanca und Leon wirklich von den Franzosen besetzt worden waren, und der Fall von Guadalajara, Hauptortes des Staates Jalisco und der nächst Mexico bedeutendsten Stadt des ganzen Landes, in naher Aussicht stand, daß die juaristischen Truppen durchaus keinen Widerstand leisteten, sondern sich überall zurückzogen; daß die Einwohner des Landes überall, wo die Befreier erschienen, Freuden-Demonstrationen machten und Bürgermilizien bildeten; daß die Organisation der mexicanischen Armee rüstig vor sich ging, der alte mexicanische Generalstab sich fast ganz vollzählig, nämlich 15 Divisions-Generale, 80 Brigade-Generale, 200 Obersten und viele andere Offiziere aller Grade, der neuen Regierung zur Verfügung gestellt hatte und schon drei Divisionen ganz fertig waren, während eine vierte in der Bildung begriffen war; daß auch viele Civilbeamte der juaristischen Regierung, namentlich Vidauri, der Gouverneur der Staaten Neu-Leon und Cahahuila, einer der bedeutendsten Männer des Landes, sich nunmehr der Regentschaft angeschlossen hatten. General Bazaine hat dem Kriegs-Minister über das Vorrücken der Franzosen und das zahlreiche Desertiren juaristischer Truppen noch ausführlich berichtet. Es ging Alles ganz vortrefflich. In den Tierras Calientes gab es weder Guerillas noch gelbes Fieber mehr. Die Eisenbahn reichte mit ihrem Erdplanum bereits bis eine Viertelmeile von Palo Verde. Auch theilt der „Moniteur" den Wortlaut einer Depesche mit, welche im Namen des spanischen Cabinets Marqu's de Miraflores unterm 17. Sept. v. J. an den Unter-Staatssekretär der Regentschaft, Herrn Arroyo, gerichtet hat. Dieselbe drückt „das aufrichtigste und tiefe Interesse, welches die Königin Isabella an dem Schicksale Mexicos nimmt, und den herzlichen und bestimmten Wunsch aus, daß sich Mexico's Wohlfahrt und Größe mehren möge", und versichert, die Königin denke durchaus nicht daran, sich in die inneren Angelegenheiten Mexico's direct oder indireet einzumischen, sondern wünsche nur sehnlichst, daß das Land endlich zur Ruhe kommen und sich in wahrhaft nationaler Gesinnung einigen möge.

Provinzial-Zeitung.

** **Breslau**, 21. Jan. [Stadtverordneten-Versammlung. Schluß.] Die Verhandlungen über die ferneren Gegenstände der Tagesordnung nahmen nun ihren Fortgang. Referent Hr. Stadtrath a. D. Ludewig. Auf Antrag des Magistrats wurde die Cession des Miethsvertrages um die Baude Nr. 193 am Ringe von dem Weißgerbergesellen Kadisch-Rothgießer an den Schuhmacher Migale genehmigt. Ferner bewilligte die Versammlung 9500 Thlr. für den Ankauf von 3 Grundstücken, zur Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen der großen und kleinen Scheitniger-Straße in der Verlängerung der Hirschgasse; dann 4000 Thlr. als Entschädigung für den Abbruch des Thurmes am kath. Gymnasium, behufs Offenlegung der Schuhbrücke. Nach dem Wunsche des Hrn. Direktor Wissowa sollen die vier Statuen, welche die Stifter darstellen, dem Gymnasium reservirt bleiben. Nach dem Referat des Hrn. Steter werden für den Abschluß des Vertrages mit dem Direktor der städtischen Gasanstalt, Kornhardt, einige Aenderungen der betreffenden Instruktion genehmigt. Hierauf folgte die Berathung über das Projekt zur Errichtuug eines Gebäudes für eine Realschule und zwei Mittelschulen auf dem Grundstück Nikolaistadtgraben Nr. 5. Der Bauplan hat der Versammlung bereits früher in seinen Grundzügen vorgelegen. Das Projekt ging aber damals an den Magistrat zurück, weil speziellere Darlegung und Ausschreibung einer Konkurrenz für die Arbeiten gewünscht wurde. Wie sich indeß ergeben, würde die Konkurrenzausschreibung erheblichen Zeitverlust veranlassen und die nothwendige Vermehrung der städtischen Bildungs-Anstalten über ein Jahr lang verzögern. Die vorliegende Skizze wurde von Hrn. Rogge dringend befürwortet, mit dem Wunsche, der Magistrat möchte die weitere Ausarbeitung so bald als möglich folgen lassen. Hr. Baurath v. Rour gab eine nähere Darlegung des Bauplanes. Die Anlagen bestehen in dem Hauptgebäude, Parterre und zwei Etagen für eine dritte Realschule; daran lehnt sich das Zwischengebäude mit den Wohnungen für die beiden Rektoren, und in der südlichen Längenfront ein Flügel für die beiden Mittelschulen. Der frühere Beschluß bezüglich der Konkurrenz wurde jetzt aufgehoben, das vorgelegte Programm im Allgemeinen genehmigt, und auf Antrag des Hrn. Rogge die Entscheidung darüber, ob die eine der Mittelschulen katholisch, die andere evangelisch sein soll, vorbehalten. Demnächst wurde die Verhandlung über den Extraordinarien-Etat für die Bauverwaltung d. J. 1864 durch ein Referat des Hrn. Baurath Studt eingeleitet. Der Etat schloß mit 61,489 Thlr. ab, doch wurden vom Magistrat wegen Unzulänglichkeit der Mittel verschiedene Absetzungen in Höhe von 27,180 Thlr. vorgeschlagen, so daß 34,379 Thlr. zur Verfügung bleiben sollten. Davon würden für Kanäle ca. 20,000 Thlr. und für die Ueberbrückung zwischen der Alten und Neueu Graupenstraße 8560 Thlr. erforderlich sein. Indem die Versammlung die Positionen nach der Vorlage genehmigte, erklärte sie auch den Betrag von 1027 Thlr. für Anlage einer Wasserleitung in der verlängerten Grünstraße als unabsetzbar, weil die Stadt gegen die Erbauer jener Straße verpflichtet sei. Bei der Berathung über den folgenden Gegenstand machte Hr. v. Lochow aufmerksam, daß die Versammlung nicht mehr beschlußfähig war. Die weitere Verhandlung und die Schlußabstimmung über den Etat wurde daher bis zur nächsten Sitzung vertagt. Schluß 7¼ Uhr.

** [Das schon im vorigen Winter beobachtete Phänomen] hat sich in vergangener Nacht wiederholt. Der gestern noch im schönsten weißen Kleide prangende Schnee ist mit einer gelben Schicht afrikanischen Wüstenstaubes bedeckt, und kann sich Jedermann davon auf unserer Promenade, vorzüglich aber auf der Oder überzeugen.

Z. **Ratibor**, 21. Januar. [Truppendurchmarsch.] Morgen den 22sten, Abends 9 Uhr, sehen wir der Ankunft des ersten Transports österreichischer Truppen entgegen. Dieselben sollen hier ca. 2 Stunden rasten und sind deßhalb zu ihrer Aufnahme die umfassendsten Vorkehrungen getroffen worden. Da diese Truppen während ihrer Rast sich hier zugleich durch ein Essen stärken sollen, das Bahnhofsgebäude aber dazu nicht die nöthigen Räumlichkeiten bietet, sondern höchstens die Offiziere aufnehmen wird, so ist die dem Bahnhof schrägüber liegende Eisenbahnwagen-Remise zu deren Aufnahme eingerichtet worden. Zahlreiche Tische und Bänke, zehn große eiserne Oefen, mehrere Kronleuchter und ein Wald von Tannenzweigen haben dieses an sich rohe Gebände zu einer imposanten und freundlichen Halle umgeschaffen, welche den durch die Fahrt und Kälte gewiß sehr ermüdeten und durchfrorenen Soldaten einen angenehmen Aufenthalt gewähren wird. Die Verpflegung mit kalten und warmen Speisen hat dem Vernehmen nach der hiesige Bahnhofs-Restaurateur übernommen.

F. C. Dr. **Hermann Aubert** (Professor an der Universität zu Breslau) Physiologie der Netzhaut. Erste Hälfte mit 30 Figuren in Holzschnitt. Breslau. E. Morgenstern. 1863.

In den letzten Jahrzehnten hatte die Physiologie sich zur Aufgabe gestellt, die Gesetze der Chemie und Physik auf die Lebenserscheinungen des Menschen anzuwenden, und die Funktionen des Körpers so weit als möglich auf jene exakten Grundlagen zurückzuführen. Daß im Menschen eine Kraft wirke, deren Thätigkeiten aus chemischen und physikalischen Sätzen sich nicht ableiten lassen, wurde nicht verkannt; aber die Physiologie wich mit scheuer Zurückhaltung jeglicher Untersuchung dieser Kraft, der Seele, als nicht zu ihrem Bereich gehörig, aus, und überließ dieselbe den Spekulationen der Philosophie. Erst Johannes Müller wagte es, auch die menschliche Seele zum Gegenstande naturwissenschaftlicher Forschung zu machen, er legte den Grundstein zu einer neuen Naturwissenschaft, der Physik der Seele, der Psychophysik, wie sie Fechner, einer der verdienstvollsten Beförderer derselben, genannt hat.

Wie die Physik sich nicht vermißt, das Wesen der Electricität oder der Gravitation zu erklären, sondern sich nur mit den Thätigkeiten dieser Naturkräfte beschäftigt, so hat auch die Psychophysik es nur mit den Seelenthätigkeiten zu thun; sie betrachtet die Seelenthätigkeiten als Leistungen unserer Organe, und sucht dieselben nach der nämlichen Methode und mit den nämlichen Hilfsmitteln des Messens und Rechnens zu bestimmen, wie der Physiker die Leistungen seiner Instrumente bestimmt.

Der Verfasser des oben angezeigten Buches hat zum Ausbau dieser letzten und größten aller Naturwissenschaften ein höchst werthvolles Material herbeigeschafft, indem er eine der wichtigsten Seelenthätigkeiten, das Sehen, zum Gegenstand einer Monographie machte. Unser Auge ist nach seinen inneren Einrichtungen mit der dunklen Kammer des Photographen zu vergleichen, wo auf einer empfindlichen Platte nach bekannten physikalischen Gesetzen ein verkleinertes und verkehrtes, aber völlig getreues Abbild der außerhalb in gewisser Entfernung befindlichen Gegenstände entsteht. Aber die empfindliche Platte in unserm Auge, die Netzhaut, vermag etwas zu leisten, was kein Collodium und kein Eiweißpapier ihm nachzuthun vermag, was überhaupt mit physikalischen Vorgängen sich nicht vergleichen läßt; die Bilder auf der Netzhaut wirken als Reize auf unser Sehorgan; sie werden in Empfindungen umgesetzt, sie kommen zum Bewußtsein, und zwar nicht als subjective innere Zustände, sondern sie werden wahrgenommen als objective Gegenstände von bestimmter Größe, Form und Farbe, die in einer bestimmten Entfernung außer uns sich befinden. Die Thätigkeiten, welche bei diesen Leistungen unseres Sehorgans stattfinden, sind so zusammengesetzt, daß sie auf eine höchst complicirte anatomische Structur desselben schließen lassen, über die freilich das Mikroskop uns bisher noch keinen Aufschluß zu geben vermochte; nur vermuthen können wir, daß die Netzhautbilder sich aus einer großen Zahl isolirter empfindender Punkte mosaikartig zusammensetzen, daß der Sehnerv diese isolirten Empfindungen fortleitet; daß aber der Ort, wo dieselben zum Bewußttein kommen, und sich zu einem Gesichtsfeld combiniren, viel näher dem Gehirn, vielleicht in den sogenannten Vierhügeln zu suchen sei. Die Physiologie der Netzhaut, welche zugleich die übrigen beim Sehen mitwirkenden Nervenapparate in sich begreift, stellt sich nun die Aufgabe, die mannichfaltigen Vorgänge, welche bei dieser Seelenthätigkeit zusammenwirken, in ihre Elemente zu zerlegen, jedes einzelne nach allen seinen Beziehungen bloszulegen, und durch Selbstbeobachtung und Experiment, wie bei den Thätigkeiten der Naturkräfte, klar zu erfassen. Zunächst erfahren wir, daß unser Sehorgan eigentlich gar nicht die Fähigkeit besitzt, den Lichtreiz an sich zum Bewußtsein zu bringen, sondern daß unser Lichtsinn richtiger aufzufassen ist, als die Fähigkeit, Helligkeitsunterschiede, Lichtdifferenzen wahrzunehmen; wir sehen einen Gegenstand nur, wenn er heller oder dunkler, nicht aber, wenn er eben so hell beleuchtet ist, als das umgebende Gesichtsfeld; wir können die Sterne nicht bei Tage sehen, weil sie eben so hell sind, wie der Himmel; und erst wenn mit der Abenddämmerung die Beleuchtung des Himmels schwächer wird, nehmen wir das eigene Licht der Gestirne wahr. Ohne Lichtreiz, im finstern Zimmer scheint uns freilich das Gesichtsfeld auch nicht dunkel; große helle Wolken durchziehen dasselbe; aber dies sind subjective Empfindungen, denen keine äußeren Erscheinungen entsprechen. Uebrigens ist es schwieriger, als wohl mancher denkt, eine solche Dunkelkammer herzustellen; denn das Tageslicht schleicht sich durch die feinsten Ritzen und Spalten ein, und ein Fensterladen von dicker Pappe erscheint noch siebförmig porös, mit leuchtenden Punkten besät, wie der Sternenhimmel. — Man mag in dem Buche selbst nachlesen, welche Vorsichtsmaßregeln nothwendig sind, um aus einem Zimmer die letzte Spur des Tageslichts auszuschließen. In einem solchen Zimmer läßt sich aber durch eine Oeffnung, die man beliebig in bestimmtem Verhältniß vergrößern oder verkleinern kann, eine bestimmte Menge Licht einlassen, und dadurch ermitteln, bei welchem Helligkeitsgrade das Auge noch Gegenstände wahrzunehmen vermag. Hierbei ergiebt sich, daß Helligkeit und Größe eines Gegenstandes in bestimmten Verhältnissen zu einander stehen; bekanntlich können wir in der Dämmerung große Schrift noch lesen, wenn wir kleinere nicht mehr zu unterscheiden vermögen. Eben so muß berücksichtigt werden, daß unser Auge sich nach einiger Zeit auch an eine geringere Helligkeit gewöhnt; wenn wir aus dem hellen Tageslicht in ein dunkles Zimmer uns begeben, unterscheiden wir zuerst nichts, allmählich treten erst die größten, später auch die kleineren Gegenstände aus der umgebenden Nacht heraus, und zuletzt können wir selbst bei verschlossenen Läden und Thüren Alles fast eben so gut unterscheiden, als bei vollem Tageslicht. Auch hier mußten scharfsinnig ausgedachte und mit unsäglicher Ausdauer durchgeführte Versuche erst die Gesetze ermitteln, nach welchen diese Gewöhnung des Auges an geringe Beleuchtung, die Adaptationsfähigkeit, wie sie der Verfasser nennt, sich verhält.

Andere Versuche suchten die Frage zu lösen, ob alle Theile der Netzhaut sich in Bezug auf den Lichtsinn gleich verhalten. Indem große mit Zahlen bedruckte Tafeln durch den elektrischen Funken momentan beleuchtet wurden, so daß jede Bewegung der Augen unmöglich war, so wurde ermittelt, daß nur ein gewisser Theil der beleuchteten Fläche, oder vielmehr ihres Netzhautbildes, zum Bewußtsein kommt, und daß die Gegenstände um so undeutlicher und um so dunkler erscheinen, je näher der Peripherie der Netzhaut sie sich abbilden.

Wie das Ohr Luftwellen von verschiedener Schnelligkeit als Töne von verschiedener Höhe empfindet, so werden Lichtätherwellen von verschiedener Geschwindigkeit von unserem Sehorgan als Farben empfunden; unser Auge hat nicht blos Licht-, sondern auch Farbensinn.

Hier eröffnet sich ein neues Feld für die Forschungen des Verfassers; wir erfahren, auf welche Bedingungen es ankommt, um die Blumenkrone der Rose als roth und ihre Blätter als grün zu empfinden, und welchen Täuschungen wir hierbei unter Umständen ausgesetzt sind; denn bei einer gewissen geringen Beleuchtung, deren Größe sich durch Versuche in Zahlen ausmitteln läßt, erscheinen alle Farben ungefärbt und nur die eine heller als die andere; in großer Entfernung erscheint uns hellblau wie schwarz, grün wie blau, rosa erst goldgelb, dann hellgelb, dann grau. Um die Farbe eines blauen Quadrats zu erkennen, muß dasselbe etwa 5 mal größer, oder das Auge demselben eben so viel näher sein, als dies bei einem rothen Quadrat erforderlich ist u. s. f. Wir können dem Verfasser hier nicht in die Einzelnheiten seiner tausendfältig combinirten Versuche folgen, durch welche er die Bedingungen des Sehens für die verschiedenen Töne, Nuancen und Intensitäten der Farben, sowie die Erscheinungen, welche auf dem Contrast derselben beruhen, zu ermitteln suchte, noch auch die zahlreichen theoretischen Schlußfolgerungen darlegen, in denen er seine eigenen Beobachtungen, wie die seiner Vorgänger verwerthet hat. Interessant sind insbesondere die Theorien über die bisher noch nicht erkannten feineren Structurverhältnisse unseres Sehorgans, welche sich auf die Gesetze des Farbensinnes begründen. Die zweite Hälfte des Buches, deren baldiges Erscheinen zu hoffen ist, wird die übrigen Bedingungen des Sehens behandeln: den Ortssinn, in Folge dessen unser Sehorgan die Bilder der Netzhaut in einen bestimmten Raum außerhalb versetzt, das stereoskopische oder binoculare Sehen, in Folge dessen wir die durch gleichzeitiges Sehen mit beiden Augen, oder durch Bewegung unserer Augen oder der Gegenstände erhaltenen, verschiedenen Netzhautbilder zur Vorstellung eines einheitlichen Körpers combiniren, endlich die Phänomene des subjectiven Sehens, welches die Licht- und Farbenempfindungen begreift, die durch äußere Gegenstände nicht direct erregt werden. Wir glauben, daß dieses klar und anziehend geschriebene und von dem Verleger würdig ausgestattete Buch und insbesondere die Einleitung nicht blos den Physiologen von Fach, sondern Jeden interessiren wird, der an dem geheimnißvollen Wesen, das uns beseelt, Antheil nimmt.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 21. Jan. 10 U. Ab.	334,87	—2,8	S. 2.	Trübe.
22. Jan. 6 U. Mrg.	334,26	—2,4	S. 1.	Heiter.

Breslau, 22. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 12 F. 10 Z. U.-P. 1 F. 7 Z. Eisstand.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 21. Januar, Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. begann zu 66, 35, stieg auf höhere Consols von Mittags 12 Uhr (90⅞) bis 66, 45 und schloß in fester Haltung zur Notiz. Italien. Rente war gefragt; in Credit-Mobilier lebhaftes Geschäft. Schluß-Course: 3proz. Rente 66, 40. Ital. 5proz. Rente 68, 45. Ital. neueste Anleihe —. 3proz. Spanier —. 1proz. Spanier 45¾. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 391, 25. Credit-Mobilier-Aktien 1020, —. Lomb. Eisenbahn-Aktien 515, —.

London, 21. Jan, Nachm. 3 Uhr. Türkische Consols 46¼. Schönes Wetter. Consols 90¾. 1proz. Spanier 45¾. Mexikaner 34⅛. 5proz. Russen 91. Neue Russen 87½. Sardinier 84.

Die Dampfer „City of Manchester" und „Hammonia" sind aus Newyork, ersterer mit 729,000 Dollars in Cork, letzterer mit 427,975 Dollars in Cowes eingetroffen.

Wien, 21. Januar, Nachm. 12½ Uhr. Beliebt und fest. 5prozentige Metalliques 72, 40. 4½proz. Metalliques 63, 50. 1854er Loose 90, —. Bank-Aktien 779, —. Nordbahn 169, 90. National-Anlehen 80, 10. Credit-Aktien —, —. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 189, 50. London 120, 80. Hamburg 91, 50. Paris 47, 75. Gold —. Böhmische Westbahn 153, 50. Neue Loose 131, 25. 1860er Loose 92, 95. Lomb. Eisenbahn 247, —.

Frankfurt a. M., 21. Jan., Nachm. 2½ Uhr. Höhere Notirungen auswärtiger Börsen und günstigere politische Nachrichten influirten auf österreichische Effekten. Böhmische Westbahn —. Finnländische Anleihe 84⅞. Schluß-Course: Ludwigsh.-Bexbach 137¼. Wiener Wechsel 95¼. Darmst. Bank-Aktien 210. Darmst. Zettel-Bank 250⅛. 5proz. Metalliques 56. 4½proz. Metall. 49¾. 1854er Loose 72¾. Oesterr. National-Anleihe 63⅜. Oesterr.-Französ. Staats-Eisenbahn-Aktien 184. Oesterr. Bankantheile 748. Oesterreich. Credit-Aktien 170½. Oesterreich. Elisabetbahn —. Rhein-Nahe-Bahn 25. Hess. Ludwigsbahn 120⅝. Neueste österr. Anleihe 75¾.

Hamburg, 21. Jan., Nachm. 2½ Uhr. Nur in österr. Effekten Geschäft und auch dieses beschränkt. Die norddeutsche Bank giebt für das letzte Jahr 6⅝ % Dividende. Die Börse war in Folge des heutigen „Times"-Artikels in festerer Haltung. Schluß-Course: National-Anleihe —. Oesterr. Credit-Aktien 72¼. Vereinsbank 103¾. Norddeutsche Bank 101¾. Rhein. —. Nordbahn —. Finnländ. Anleihe 84¼ B. Disconto 4.

Hamburg, 21. Januar. [Getreidemarkt.] Weizen loco einzeln niedriger, ab Dänemark sehr gedrückte Stimmung. Roggen loco still, auswärts zu letzten Notirungen dringend offerirt. Oel loco 24⅝ Br., Mai 24¼, Oktober 24⅝. Kaffee ohne größere Umsätze. Zink ruhig.

Liverpool, 21. Januar. [Baumwolle.] 4,000 Ballen Umsatz. — Preise fester.

Berliner Börse vom 21. Januar 1864.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.		4½	99¾ bz.
Staats-Anl. von 1859		5	104 bz.
dito 1850. 52		4	94½ bz.
dito 1854		4½	99¾ bz.
dito 1855		4½	99¾ bz.
dito 1856		4½	99¾ bz.
dito 1857		4½	99¾ bz.
dito 1859		4½	99¾ bz.
dito 1853		4	95¾ B.
Staats-Schuldscheine		3½	88⅛ bz.
Präm.-Anl. von 1855		3½	119 bz.
Berliner Stadt-Obl.		4½	101 bz.
Pfandbriefe.	Kur- u. Neumärk.	3½	88¼ bz.
	Pommersche	3½	87¾ bz.
	Posensche	4	— — —
	dito	3½	— — —
	dito neue	4	83¾ B.
	Schlesische	3½	— — —
Rentenbriefe.	Kur- u. Neumärk.	4	96⅛ bz.
	Pommersche	4	96½ bz.
	Posensche	4	93½ G.
	Preussische	4	96⅛ bz.
	Westph. u. Rhein.	4	96¼ bz.
	Sächsische	4	97¼ G.
	Schlesische	4	97¼ G.
Louisd'or 110 bz.		Oest. Bankn.	82¼ bz.
Goldkronen 9. 6⅜ G		Poln. Bankn.	85⅞ G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	59 G.
dito Nat.-Anl.	5	65¼ à 66 bz.
dito Lott.-A.v.60	5	75¼ à 76¼ à 76 bz.
dito 54er Pr.-A.	4	74½ B.
dito Eisenb.-L.		72 bz.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	86½ bz.
dito 4½% Anl.	4½	— — —
dito Poln. Sch.-Ob.	4	72 bz.
Poln. Pfandbr.	4	— — —
dito III. Em.	4	80 bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	86½ B.
dito à 300 Fl.	5	90 bz.u.G.
dito à 200 Fl.		— — —
Kurhess. 40 Thlr.	—	52¾ G.
Baden. 35 Fl. Loose	—	29¾ etw. bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	100 B.
dito II.	4½	98¼ B.
dito IV.	4½	96¾ G.
dito III.v.St.3½g.	3½	79¾ bz.
Cöln-Minden	4½	101¼ G.
dito II.	5	103 B.
dito	4	— — —
dito III.	4	89½ G.
dito	4½	97½ G.
dito IV.	4	89 B.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	87½ bz.
dito III.	4½	97 B.
Niederschl. Märk.	4	— — —
dito conv.	4	94½ B.
dito III.	4	93½ B.
dito IV.	4½	— — —
Niederschl. Zweigb. Litt. C.	5	100¾ G.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	84¾ B.
dito C. u. D.	4	94 G.
dito E.	3½	80½ G.
dito F.	4½	99¾ bz.
Oest. Franz.	3	247 bz.
Oest. südl. St.-B.	3	250 G.
Rhein. v. St. gar.	4½	— — —
Rhein.-Nahe B. gar.	4½	98 B.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1861	1862	Zf.	
Aachen-Düsseld.	3½	3½	3½	92 G.
Aachen-Mastrich	—		4	28 bz.
Amsterd-Rottd.	5⅙	6	4	101¼ bz.
Berg.-Märkische	6½	6½	4	103½ G.
Berlin-Anhalt.	8½	8½	4	147 G.
Berlin-Hamburg	6	6½	4	119¾ B.
Berl.-Potsd.-Mg.	11	14	4	177½ G.
Berlin-Stettin.	7 1/12	7 1/12	4	127½ G. (i.D.)
Böhm. Westb.		—	5	62¾ bz.
Breslau-Freib.	6⅔	8	4	123½ etw. bz.u.G.
Cöln-Minden	12¼	12⅝	3½	166 bz
Cosel-Oderberg.	—	⅙	4	49 bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	— — —
dito dito	—	—	5	— — —
Ludwgsh.-Bexb.	8	9	4	136 B.
Magd.-Halberst.	22½	25½	4	276 G.
Magd.-Leipzig.	17	17	4	— — —
Magd.-Wittenbg.	1½	1½	4	67 bz.
Mainz-Ludwgsh.	7	7½	4	117¼ G
Mecklenburger.	2⅔	2½	4	60¼ a ⅝ à ½ bz.
Neisse-Brieger.	3½	4½	4	79 G.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	94⅛ bz.
Niedrschl. Zwgb.	1½	2 11/12	4	58 B
Nord., Fr.-Wilh.	3	3½	4	55 a 55½ bz. u B.
Oberschles. A.	7⅔	10 11/12	3½	143½ a 44½ bz.
dito B.	7⅔	10 11/12	3½	131 bz.
dito C.	7⅔	10 11/12	3½	143½ a 144½ bz.
Oestr. Fr. St.-B.	6⅔	—	5	103½ G
Oestr. südl. St.-B.	8⅓		5	135½ à 136 bz.
Oppeln-Tarn.		2⅔	4	53¾ G.
Rheinische	5	6	4	92½ bz.
dito Stamm-Pr.	5	6	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	—	4	24½ G.
Rhr.Crf.K.Gldb.	3½	4½	3½	95 B.
Stargard-Posen	4	6	3½	99 G. (i.D.)
Thüringer	6¾	7½	4	119⅝ B.

Bank und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	5 11/12	5 11/12	4	113 G.
Braunschw. B.	4	4	4	64 G.
Bremer Bank	5⅔	4	4	103¼ G.
Danziger Bank	6	6	4	98 G. (i D.)
Darmst. Zettelb.	8½	9	4	100½ Kigkt. bz.B.
Geraer Bank	5⅙	7½	4	91½ B.
Gothaer „	4⅔	5⅙	4	88½ B.
Hannoversche B.	4½	5	4	96¼ B
Hamb. Nordd. B.	5	6	4	100½ G.
„ Vereins-B.	5⅙	6⅙	4	102½ G.
Königsberger B.	5⅔	5½	4	99½ B.
Luxemburger B.	10	10	4	99½ B
Magdeburger B.	3⅔	4⅙	4	91 B.
Posener Bank	5 11/12	5 11/12	4	91 B.
Preuss. Bank-A.	4⅔	6⅙	4½	122½ bz.u.G
Thüringer Bank	2⅔	3	4	68⅝ G
Weimar „	4	5	4	85 etw. bz.
Berl. Hand.-Ges.	5	9	4	102⅝ Kigkt. bz.
Coburg.Credb.A.	3	8	4	89¼ etw. bz.
Darmstädter „	5	6½	4	82½ mehr bz.
Dessauer „	—	—	4	7 bz. u B
Disc.-Com.-Ant.	6	7½	4	92¾ bz.u G.
Genfer Credb.A.	2	3½	4	45½ a 46¼ à 46 bz.
Leipziger „	3	3	4	69b (i.D.) (i.D.)
Meininger „	6	7	4	89 bz.
MoldauerLds.-B.	—	[illegible]	4	31 bz u G.
Oesterr.Credb.A.	7¾	8½	5	73,73⅞,½b (i.D.)
Schl. Bank-Ver.	6	6	4	97⅛ G
Minerva	—	—	4	23½ bz.u.G.
Fbr.v.Eisenbbdf.	—	—	4	94¾ B.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10T.	142 bz.	Augsburg 100 Fl.	2 M.	56. 20 bz.
dito dito	2 M.	141 bz.	Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99¾ G.
Hamburg 300 Mk.	8 T.	151⅝ bz.	dito dito	2 M.	99⅛ G.
dito dito	2 M.	150⅝ bz.	Frankfurt a. M. 100 Fl.	2 M.	56. 20 bz.
London 1 Lst.	3 M.	6. 18⅛ bz.	Petersburg 100 S.-R.	3 W.	95 bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	78 11/12 bz.	dito dito	3 M.	93½ bz.
Wien 150 Fl.	8. T.	82⅛ bz.	Warschau 90 S.-R.	8 T.	85⅞ bz.
dito dito	2 M.	81¼ bz.	Bremen 100 Thlr.	8 T.	109¾ bz.

Berlin, 21. Jan. Weizen loco 50—57 Thlr. nach Qualität, weißbunter poln. 56½ Thlr., bunter poln. 54 Thlr. ab Bahn bez. — Roggen loco exquisit 35¾—36 Thlr., ab Bahn bez., 81—83pfd. 35—½ Thlr. ab Bahn bez., Jan. 34¼—34⅞ Thlr. bez., Jan.-Febr. und Febr.-März 34—33¾ Thlr. bez. und Gld., ⅞ Thlr. Br.

⁂ **Breslau**, 22. Jan. Wind: West. Wetter: trübe. Thermometer Früh 1½° Kälte. Bei vorherrschend flauer Stimmung waren Preise neuerdings niedriger, die Käufer blieben zurückhaltend.

Weizen billiger erlassen, pr. 84 Pfd. weißer 50—66 Sgr., gelber 50—57 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Roggen weichend, pr. 84 Pfd. 37—37—40 Sgr., feinster vereinzelt über Notiz bezahlt. — Gerste ruhig, pr. 70 Pfd. weiße 35—37 Sgr., gewöhnliche 30—34 Sgr. — Hafer matt, pr. 50 Pfd. 26—28 Sgr. — Erbsen wenig beachtet. — Wicken ohne Umsatz. — Schlesische Bohnen still. — Schlaglein vernachlässigt. — Oelsaaten matter. — Rapskuchen wenig gefragt, 47—51 Sgr. pr. Ctr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	51—59—66	Wicken	45—47—50
Gelber Weizen	50—54—58		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	37—39—41	Schlag-Leinsaat	150—165—188
Gerste	30—33—37	Winter-Raps	172—182—192
Hafer	25—27—29	Winter-Rübsen	162—172—182
Erbsen	42—46—50	Sommer-Rübsen	138—146—156

Kleesaat in unveränderter Haltung — rothe ordinäre 10—11 Thlr., mittle 11¼—12⅔ Thlr., feine 13 Thlr., hochfeine bis 14 Thlr., — weiße ordinäre 10—12⅔ Thlr., mittle 13¾—15¾ Thlr., feine 16¾—17¼ Thlr., hochfeine 18—19 Thlr. pr. Ctr.

Thymothee fehlt, 6—8 Thlr. pr. Centner.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 26—36 Sgr., Metze 1¼—1¾ Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco und Termine 10½ Thlr. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco und Januar 10⅔ Thlr., pr. Frühjahr 13 11/12 Thlr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.